



info

02/2021

Demokratie in der Krise

Schwerpunkt
Immer mehr steht
auf dem Spiel

Die digitale Revolution
Soziale Arbeit im
digitalen Wandel

SCHWERPUNKT – DEMOKRATIE IN DER KRISE



- 3 Immer mehr steht auf dem Spiel**
Wie die Demokratie bedroht wird
- 5 Wer rettet die Demokratie?**
Politische Bildung als Daueraufgabe zur Demokratiestärkung
- 7 Profiteure der Angst?**
Rechte Parteien und die Corona-Krise
- 8 »Es gibt mich, es gibt dich und es gibt uns«**
Mentalisierung als demokratische Kompetenz
- 10 Wege in die toxische Polarisierung**
Das Schüren von Ressentiments als politische Strategie
- 11 Über Impfgegner, Querdenker und Pandemieschwurpler**
Die Gefahren einer stärkeren Vernetzung der Milieus
- 12 »Unboxing Hate Speech«**
Wie Politik und Zivilgesellschaft dem Hass entgegentreten können
- 13 Distanzen überwinden**
Politische (Jugend-)Bildung in der Pandemie
- 14 Demokratische Selbstkorrektur**
Starke Zivilgesellschaft gegen die Polarisierung in Zeiten der Pandemie
- 15 Die Demokratisierung der Demokratie**
Bürgerräte als Abbild der Bevölkerung
- 17 Wie viel braucht der Mensch, um zufrieden zu sein?**
Fragen und Antworten zu Coronafolgen
- 18 Ein Jahr Pandemie**
Zum Zustand unserer Gesellschaft
- 20 »Make tomorrow new«**
Kultur, Kunst und das demokratische Miteinander
- 21 Die Entmündigung der afrikanischen Jugend**
Millionen Jugendliche in Uganda an der Stimmabgabe gehindert
- 22 Brasiliens vielfältige Krisen**
Die Wechselwirkung von Wirtschaft und Demokratie
- 23 Ist eine globale Demokratie möglich?**
Die demokratische Interessenvertretung in internationalen Organisationen ist unzureichend
- 25 Die Provokation der Freiheit**
Weshalb wir eine linke Wiederentdeckung der Freiheit brauchen
- 26 Demokratie der Zukunft**
Ein weiteres Büro der FES in Wien

THEMA



Die digitale Revolution

- 29 Fairen Zugang sichern**
Infrastrukturregulierung in der Plattformgesellschaft
- 30 Soziale Arbeit im digitalen Wandel**
Die Transformation der Sozialwirtschaft
- 32 Erfolgsgeschichten**
Fragen an Christian Humborg, ehemaliger Stipendiat
- 33 Lese-Empfehlungen**

Liebe Leserin, lieber Leser

Dies ist die letzte Ausgabe des »info«-Magazins der Friedrich-Ebert-Stiftung. Das »info« wurde 1991 zur kontinuierlichen Vermittlung des breiten Spektrums der Leistungen der FES ins Leben gerufen. Das war lange bevor die digitalen Informationsmöglichkeiten unsere Medienlandschaft und die Kommunikation insgesamt revolutionierten.

Heute verfügt die Friedrich-Ebert-Stiftung über eine große Bandbreite digitaler Kanäle und ist in das weltumspannende Netzwerk sozialer Medien eingebunden. Die Informationen über die vielfältigen Tätigkeitsfelder, Arbeitsergebnisse und Veranstaltungen sind schnell und leicht zugänglich und überall auf aktuellem Stand abrufbar. Aus Untersuchungen wissen wir, dass dieses Angebot intensiv genutzt wird. Damit hat das »info« das Alleinstellungsmerkmal der kontinuierlichen Information über die Arbeit der FES verloren, das seine hohen Herstellungskosten gerechtfertigt hat.

Nach mehr als 100 Ausgaben und vielen redaktionellen und gestalterischen Überarbeitungen wird das »info« nun mit dieser Ausgabe eingestellt.

Dieses letzte »info« steht unter der Überschrift »Demokratie in der Krise«. Schwerpunkt des Hefts sind die Ergebnisse der aktuellen »Mitte-Studie« der FES, »Die geforderte Mitte«. Die »Mitte-Studien« untersuchen alle zwei Jahre rechts-extreme und demokratiegefährdende Einstellungen in der deutschen Bevölkerung. Ihre Ergebnisse haben hohe Relevanz und finden regelmäßig breite Resonanz.

Die Autor_innen der Studie sowie weitere ausgewiesene Expertinnen und Experten liefern in diesem Heft begleitende Analysen und Bewertungen zur Fragilität von Demokratie, zu den Ursachen und Erscheinungsformen der Unterhöhlung demokratischer Konventionen. Die Studie zeigt, dass die »Mitte« gefordert ist, Haltung zu zeigen, Position zu beziehen und die Demokratie zu stärken. Beispiele aus der Bildungs- und Beratungsarbeit der FES und ihrer Partner bieten Ansätze zum eigenen Engagement.

Wir wünschen Ihnen gute Lektüre und hoffen, dass Sie uns gewogen bleiben! Schauen Sie auf unserer Homepage vorbei [www.fes.de], abonnieren Sie unsere Newsletter, Podcasts und Messenger-Dienste und informieren Sie sich über die weit gefächerte gesellschaftspolitische Arbeit der FES.

Dr. Roland Schmidt
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der Friedrich-Ebert-Stiftung

IMPRESSUM

Herausgeber

Friedrich-Ebert-Stiftung
Kommunikation und Grundsatzfragen
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn
Tel. 0228_883-0 | presse@fes.de
www.fes.de

Redaktion (Text)

Peter Donaiski, Pressestelle Berlin
Hiroshimastraße 17, D-10785 Berlin
Tel. 030_269 35-7038
peter.donaiski@fes.de

Korrektorat

Ulrike Schnellbach

Redaktion (Bild)

Katja Ulanowski, Kommunikation
und Grundsatzfragen
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn
Tel. 0228_883-7036
katja.ulanowski@fes.de

Layout und Satz

Leitwerk. Büro für Kommunikation
www.leitwerk.com

Druck

Druckerei Brandt GmbH

Bildnachweis

Achille Abboud/NurPhoto: Titel ·
Michel Buchmann: S. 12 · Bastian Ehl:
S. 15 · Elias El Ghorchi: S. 12 · Nze Eve:
S. 21 · Fehling: S. 23 · FES: S. 10, 26, 27 ·
Fotostudio Charlottenburg: S. 7 ·
Geisler-Fotopress/Hardt: S. 18 · Heike
Günther: S. 9 · Johanna Kosowska:
S. 25 · Lidstrichleitkultur: S. 31 · Daniel
Pasche: S. 11 · picture alliance/dpa:
S. 5, 30 · picture alliance/dpa/dpa-
Zentralbild: S. 14 · picture alliance /
Lothar Ferstl: S. 20 · picture alliance /
REUTERS: S. 7 · picture alliance /
SULUPRESS.DE: S. 11 · picture alliance /
Xinhua News Agency: S. 24 · picture-
alliance / ZB: S. 9 · Privat: S. 8, 24 ·
Jens Schicke: S. 20 · Maren Strehlau:
S. 12 · Studioline Photography Hamburg:
S. 9 · Milan Svobik: S. 4 · Fabio Teixeira /
Pacific Press: S. 22 · Westend61 / Josep
Roviroso: S. 28 · Thomas Wosnitza:
S. 16 · A. Zmrzlak: S. 19 · WMDE: S. 32 ·
zz/STRF/STAR MAX/IPx: U2, S. 2

ISSN 0942-1351

*Die Meinungen der Autor_innen geben
nicht in jedem Fall die Positionen der FES
wieder.*

SCHWERPUNKT

Demokratie in der Krise



Immer mehr steht auf dem Spiel

Wie die Demokratie bedroht wird

Fragen an Milan Svolik

Herr Svolik, in etlichen Ländern der Welt ist ein Prozess zu beobachten, der oft als »demokratischer Rückfall« bezeichnet wird: Demokratisch gewählte Regierungen unterwandern die eigenen demokratischen Standards und beschneiden die Rechtsstaatlichkeit. Wie ist das möglich?

Diese Frage zu beantworten, gehört meiner Meinung nach zu den aktuell größten intellektuellen Herausforderungen der Sozialwissenschaften. In der Vergangenheit waren wir meist dann besorgt um das Überleben demokratischer Gesellschaften, wenn Akteur_innen, die nicht durch Wahlen legitimiert waren – meist das Militär – sich in die Politik einmischten. Auf diese Weise brachte Augusto Pinochet 1973 die chilenische Demokratie zu Fall. Und in jüngerer Zeit stürzten Militärs die demokratisch gewählten Regierungen Ägyptens (2013) und Myanmars (Februar 2021).

Seit dem Ende des Kalten Krieges ist zusätzlich die Ausbreitung einer ganz anderen Bedrohung für die Demokratie zu beobachten, die Sie als »demokratischen Rückfall« bezeichnet haben. Seit den 2000er-Jahren sind vier von fünf Zusammenbrüchen demokratischer Regierungen auf demokratische Rückfälle zurückzuführen.

An dieser Entwicklung sind zwei Aspekte bemerkenswert. Erstens vollzieht sich der demokratische Rückfall – wie es der Begriff nahelegt – in der Regel allmählich, typischerweise über mehrere Wahlzyklen hinweg, sowie unter dem Deckmantel eines verfassungsmäßigen Prozesses, und nicht plötzlich und gewaltsam wie ein Militärputsch. Deshalb stellt er auch die heimtückischere Bedrohung für die Demokratie dar. Zweitens, und das ist entscheidend, wird der demokratische Rückfall von demokratisch gewählten Parteien und Politiker_innen initiiert – aus einer demokratischen Situation heraus. Das führt uns zur eigentlichen, zentralen Frage: In welcher Situation und aus welchem Grund lassen Wähler_innen zu, dass Politiker_innen demokratische Strukturen unterwandern?

Bestrafen Wähler_innen bei einer schrittweisen Aneignung zusätzlicher Macht die Regierung dann durch Stimmentzug?

In einer Demokratie stellen Wahlen ein Instrument der demokratischen Selbstverteidigung dar. Sie geben den Wähler_innen die Macht, Politiker_innen, die die Demokratie untergraben, durch den Urnengang zu stoppen, bevor es zu spät ist.

Aber ob Politiker_innen tatsächlich deshalb von den Wähler_innen nicht wiedergewählt werden, ist eine Frage von Ursache und Wirkung. Und es ist durchaus eine Herausforderung, die Folgen undemokratischen Handelns von anderen möglichen Gründen abzugrenzen, die ein Wahlergebnis negativ beeinflusst haben könnten. Betrachten wir etwa die US-Präsidentenwahlen 2020. Wir können Trumps Niederlage einerseits so interpretieren, dass die Amerikaner_innen ihn für die zahlreichen Verstöße gegen demokratische Normen während seiner Amtszeit abgewählt haben. Aber es gibt auch alternative Erklärungen: dass die Wähler_innen Trump für seinen Umgang mit der Corona-Pandemie und deren wirtschaftlichen Folgen abstrafte oder dass die Differenz im Wahlergebnis 2016 und 2020 eher mit Joe Biden als mit Donald Trump zu tun hatte. Denn Biden ist ein Mann – im Gegensatz zu Hillary Clinton –, und er ist politisch moderat eingestellt – im Gegensatz zu Trump.

Wähler_innen sind oft bereit, der von ihnen favorisierten Partei einen Freibrief auszustellen.

Um diesem Inferenzproblem auf den Grund zu gehen, habe ich mit einigen Kolleg_innen ein Experiment in verschiedenen Ländern durchgeführt, unter anderem in Tunesien, der Türkei, Venezuela, Nordirland und den Vereinigten Staaten. In jedem Land baten wir eine repräsentative Gruppe Wähler_innen, sich zwischen zwei imaginären Kandidat_innen zu entscheiden. Die Kandidat_innen wurden durch eine Merkmalskombination beschrieben, etwa politische Wirkungskreise, Parteilogans und demografische Attribute.

Wichtigster Punkt: Bei einigen Kandidat_innen gaben wir an, sie stünden für eine Politik, die sich gegen ein zentrales demokratisches Prinzip wandte. Da wir den Kandidat_innen die undemokratischen Maßnahmen nach dem Zufallsprinzip zugeordnet hatten, konnten wir zeigen, wie sich undemokratisches Verhalten auf ihre Wahlchancen auswirkte.

Unser Experiment zeigte, dass die Wähler_innen zwar Kandidat_innen abstrafte, die undemokratische Positionen vertraten, aber nur in geringem Maß. Bei allen Konstellationen war zu beobachten, dass diese Strafe umso milder ausfiel, je ausgeprägter die politischen bzw. parteipolitischen Unterschiede zwischen den Kandidat_innen waren und je gespaltenere die Wählerschaft war.

Mit anderen Worten: Wähler_innen zögern, Politiker_innen aufgrund der Missachtung demokratischer Werte ihre Stimme zu entziehen, wenn dies die Abkehr von der eigenen favorisierten Partei oder Politik bedeutet. Oft sind sie bereit, der eigenen Partei einen Freibrief zu geben.

Denken Sie, dass in Europa ein ähnlicher Mechanismus am Werk ist, auch wenn die politischen Systeme nicht ganz mit dem der USA vergleichbar sind?

Diese Frage kann nur durch weitere empirische Studien geklärt werden. Aber ich habe eine gewisse Ahnung davon, wie sich die Unterschiede zwischen den politischen Systemen auswirken. Es gibt zwei wesentliche, relevante Unterschiede zwischen den Vereinigten Staaten und Europa: Erstens wählen die meisten europäischen Länder nicht nach dem »Winner-takes-all«-Prinzip, da nur wenige Staaten ein Präsidialsystem haben. Zweitens treten in den europäischen Ländern in der Regel mehr als zwei große Parteien an. Das ergibt sich aus dem Verhältniswahlrecht. Und das ist gut für die europäische Demokratie.

Der erste Unterschied führt dazu, dass bei einer Wahl in Europa nicht so viel auf dem Spiel steht wie in den USA. Der zweite Unterschied bedeutet, dass insbesondere die gemäßigten Wähler_innen eine Reihe von Alternativen zur Auswahl haben, wenn ihr_e favorisierte_r Politiker_in oder Partei undemokratisch handelt. So binden sich Wähler_innen nicht bedingungslos an eine einzige Partei.

Aber es gibt einen politisch sehr wichtigen Punkt, in dem ich nicht an einen systematischen Unterschied zwischen Europa und dem Rest der Welt glaube: nämlich die menschliche Natur. Genauer gesagt: die mangelnde Bereitschaft der Wähler_innen, ihre bevorzugte Partei oder Politik zugunsten demokratischer Grundwerte aufzugeben. Die Folgen dieses Verhaltens sind in mehreren europäischen Ländern zu beobachten, vor allem in Ungarn, Polen und der Türkei.

In Deutschland ergab eine aktuelle Umfrage, dass die politische Spaltung die Menschen mehr beunruhigt als zum Beispiel die Zuwanderung oder wirtschaftliche Fragen. Denken Sie, die Menschen sind sich der Auswirkungen dieser Polarisierung bewusst?

Die verhängnisvollste Konsequenz dieser Situation ist meiner Ansicht nach folgende: Mit zunehmender Polarisierung steht bei Wahlen immer mehr auf dem Spiel – und die Wähler_innen zahlen einen immer höheren Preis dafür, ihre demokratischen Werte über parteipolitische Interessen zu stellen.

Anders ausgedrückt: In einer gespaltenen Gesellschaft ist es wichtiger zu verhindern, dass die jeweils andere Seite an die Regierung kommt, als fair zu bleiben. Und dieses Verhalten kann besonders tückische Formen annehmen: Die Anhänger_innen der einen Seite rechtfertigen die eigenen undemokratischen Handlungen mit dem Argument als unvermeidlich, die andere Seite habe sich ihrerseits bereits dazu bekannt, die Unterwanderung der Demokratie in Kauf zu nehmen. Folgen wir diesem Gedanken, kann die Wahrnehmung der eigenen Polarisierung – insofern diese tatsächlich stark ausgeprägt ist – die Lage sogar noch weiter verschlimmern. Denn beide Seiten sind davon überzeugt, dass die Gegenseite ihre demokratischen Grundwerte vermutlich nicht über die eigenen parteipolitischen Interessen stellen wird. Von daher erscheint es logisch, dass eine irrtümlich wahrgenommene Polarisierung potentiell ebenso schädlich ist, da sie zu übertriebenem gegenseitigen Misstrauen führen kann.



Milan Svolik ist Professor für Politikwissenschaft an der Yale University. Als Verfasser und Co-Autor veröffentlichte er zahlreiche Fachartikel zur Politik autoritärer Regime, zu Demokratisierung und demokratischem Rückfall. Sein neuestes Buchprojekt untersucht, warum Menschen aus der Mitte der Gesellschaft Politiker_innen unterstützen, die sich gegen die Demokratie wenden.

Die Fragen stellte **Johanna Lutz**, Leiterin des FES-Büros »Demokratie der Zukunft« mit Sitz in Wien.



MITTE-STUDIE

Wer rettet die Demokratie? Politische Bildung als Daueraufgabe zur Demokratiestärkung

Von Sabine Achour

Im Inneren dieser Gesellschaft brodeln es«, mahnte der Soziologe und politische Erwachsenenbildner Oskar Negt vor mehr als zehn Jahren in Anbetracht gesellschaftlicher Krisen, Populismus und Gefährdungen der Demokratie.

Seitdem haben die Gefährdungspotenziale eher noch zu- als abgenommen: die Belastungen durch die Covid-19-Pandemie und die dadurch verursachte Verschärfung der sozialen Spaltung, die häufig mit einer politischen Ungleichheit einhergeht. Die Bedrohung des Zusammenhalts in Vielfalt durch Menschenfeindlichkeit, auch als vermeintliche Antwort auf eben diese soziale Frage. Der Auftrieb von Verschwörungsglauben in der Pandemie als Mischung von Demokratiefeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus, das sichtbare Aufbrechen völkisch-autoritär-rebellischer Einstellungen.

Die Diskursverschiebungen nach rechts mit ihrer Instrumentalisierung der Meta-Narrative Migration und Islam bereiteten schon vor Corona den Boden für Hasstaten wie die Anschläge in Halle und Hanau oder den Mord an Walter Lübcke. Auch der Klimawandel zeichnet sich immer sichtbarer als globale Gesellschafts- und Wirtschaftskrise ab. All das fordert die Demokratie, ihre Institutionen und ihre Akteure heraus und kann das Vertrauen in sie gefährden.

Lässt sich die Demokratie noch retten? Negts Antwort: »Es mag ein bisschen verstaubt und anachronistisch klingen, aber ich sehe nur eine Möglichkeit: politische Bildung.« Demokratie müsse gelernt werden, immer wieder, tagtäglich, ein Leben lang. Demokratie bedarf der Förderung von Mündigkeit und Aufklärung hinsichtlich ihrer Komplexität, Problem- und Konflikthaftigkeit – und zwar für alle, kontinuierlich, einladend, barrierefrei und nicht stigmatisierend in der Ansprache für vermeintlich »Bildungsferne«, »Migrant_innen« oder »Gefährder_innen der Demokratie«.

Die Notwendigkeit einer entsprechenden politischen Bildung zeigt sich auch in den Ergebnissen der aktuellen FES-Mitte-Studie: Zwar stimmt die Mitte menschenfeindlichen, antidemokratischen und rechten Einstellungen im Vergleich zu den letzten Jahren deutlich weniger zu, und im Rechtsextremismus sieht sie die größte gesellschaftliche Bedrohung. Zugleich zeigen sich aber Ambivalenzen in Bezug auf Menschenfeindlichkeit, Rassismus, Antigenderismus, Misstrauen gegenüber Medien, politischen Repräsentant_innen und dem Prinzip des Pluralismus: Etliche Befragte flüchten sich in Teils-Teils-Zustimmungen, die die häufig vorhandene Ablehnung sozialer Gruppen, vor allem Sinti_ze und Rom_nja, asylsuchender und muslimischer Menschen, bzw. die Zustimmung zum Autoritarismus verschleiern (sollen). Andere können eine gewisse Bigotterie hinsichtlich ihres Rassismus gegen People of Colour nicht verstecken und die Zustimmungen zum Antisemitismus nehmen zu. Rechts-

populismus verschimmt mit und verhärtet sich zu Rechts-
extremismus sowohl auf Einstellungsebene wie auf Ebene
der politischen Akteur_innen. Mag die AfD einen überpro-
portionalen Teil des rechtsextremen und rechtspopulisti-
schen Potenzials »aufsaugen«, so zeigen sich Zustimmungen
zu einzelnen Elementen doch in allen Bevölkerungsgruppen.

Politische Bildung eröffnet Räume und
soziale Netze, in denen rechte Äußerungen und
Handlungen begründet abgelehnt werden.

All das zeigt, wie verkürzt die Vorstellung ist, die Demo-
kratie sei lediglich von den Rändern her gefährdet. Das
Zusammenspiel von Demokratie und politischer Bildung
muss scheitern, wenn letztere v.a. als Extremismuspräven-
tion auf Randgruppen oder »gefährdete« Jugendliche ausge-
richtet ist. Politische Bildung funktioniert nicht als Feuer-
wehr zum Löschen antidemokratischer Brände, sondern ist
eine Daueraufgabe im Sinne der Demokratiestärkung der
Mitte, die sich gegen Rechtsextremismus und Menschen-
feindlichkeit einsetzt.

Dies erfordert zum einen Aufklärung über die Anschluss-
fähigkeit des Rechtspopulismus an autoritäre, menschen-
feindliche, verschwörungsgläubige, antisemitische, sexisti-
sche Einstellungsmuster. Nicht zuletzt mit Blick auf die lange
(politische) Ignoranz gegenüber einer »Etablierung« rechter
Äußerungen und einer »Normalisierung« menschenfeindli-
chen Klimas, welche in vielen Gegenden eine »nationale
Graswurzelarbeit« im Gewand sozialen Engagements mög-
lich machte.

Zum anderen fördert politische Bildung Haltung und
demokratisches Handeln. Sie eröffnet Räume und soziale
Netze, in denen rechte Äußerungen und Handlungen begrün-
det abgelehnt werden. Damit einher geht auch die Reflexion
von Alltagsrassismus, der für Betroffene dauerhafte Angst
vor verbaler und körperlicher Gewalt bedeutet.

Politische Bildung ist antirassistische Bildung und muss
im Sinne bundesweit greifenden Antidiskriminierungsrechts
mit einer Verpflichtung zur Förderung professioneller anti-
rassistischer Kompetenz einhergehen: an Schulen und Uni-
versitäten, in Kitas, Medien, Unternehmen, Vereinen,
Gewerkschaften und Verwaltungen. Denn nach Hasstaten
wie in Hanau dürfen von öffentlicher Seite nie wieder zyni-
sche »Erklärungen« abgegeben werden wie: »ermordet, weil
sie anders waren«.

Wiederholt zeigt sich in der Mitte-Studie 2020/21 eine
starke Bildungsabhängigkeit demokratischer Einstellungen.
Sie werden oft schon strukturell im Kindes- und Jugendalter
angelegt: Die differenzierten Schulformen gehen einher mit
einer entsprechend soziokulturell differierten Schüler_
innenschaft. Die umfangreichere und didaktisch oft
anspruchsvollere politische Bildung an den Gymnasien, v.a.
in den Oberstufen, macht diese zu einem elitären Angebot.
Da politische Orientierungen in dieser Lebensphase mit einer
hohen Stabilität bis ins späte Erwachsenenalter erworben
werden, bedarf es einer frühen Investition in gleichwertige
Demokratieerfahrungen in schulischer und außerschulischer
politischer Bildung. Denn die Konsequenzen des soziokultu-
rell ungleichen Zugangs zum Politischen scheinen sich empi-
risch in der Mitte-Studie 2020/21 widerzuspiegeln: Sozio-
kulturell Benachteiligte fühlen sich häufiger politisch macht-
los und haben ein geringeres Demokratievertrauen. Dies
geht einher mit stärker menschenfeindlichen und rechtspo-
pulistischen Einstellungen sowie einem geringeren Ver-
trauen in staatliche Institutionen und Wahlen. Insgesamt
sieht auch nur etwa die Hälfte der Befragten Möglichkeiten,
sich in ihrem Umfeld politisch beteiligen zu können.

Da gerade Partizipationserfahrungen einen positiven
Effekt auf politische Einstellungen und demokratische Werte
haben, bedarf es einer politischen Bildung, die den Abbau
von Teilhabebarrieren mit einer Demokratisierung möglichst
aller Lebensbereiche verbindet – insbesondere für die bisher
Unterrepräsentierten in Alltagsstrukturen. Politische Bil-
dung findet hier nicht nur formal statt, sondern als sozial-
räumliche und aufsuchende Bildungsarbeit. Das Rezipieren
von Emotionen wie Wut, Angst, Überforderung, die häufig
gar nicht als »politisch« wahrgenommen werden, aber
Zugänge für Demokratiebildung darstellen, ebenso wie die
Sensibilität für die Barrieren einer elaborierten »politischen
Sprache« können Brücken bauen, so dass Menschen sich
weniger angesprochen fühlen vom generalisierenden Eliten-
bashing, der »populären« Sprache und der antipluralisti-
schen Reduktion komplexer demokratischer Aushandlungs-
prozesse durch den Rechtspopulismus.

Nicht zuletzt zeigt sich das Feld Bildung als ein politisch
umkämpftes: Neben der AfD haben sich Akteure wie die par-
teinahe Desiderius-Erasmus Stiftung, das Institut für Staats-
politik und rechte Publikationsorgane wie die »Junge Frei-
heit« mit dem Ziel aufgestellt, eine rechte Elite zu fördern,
um in die gesellschaftliche Breite zu wirken.

Ziel politischer Bildung ist ergo die Förderung der Solida-
rität der etablierten politischen Akteur_innen, wenn sie
angegriffen, verunsichert und sogar als Feinde der Demokra-
tie verunglimpft werden. Als Demokratie-Unterstützer_
innen müssen sie sich gegen antidemokratische und rassis-
tisch motivierte Äußerungen im öffentlichen Raum positio-

nieren – anstatt einen (ungewollten) Beitrag zur Plausibilisierung neurechten Denkens und Vokabulars zu leisten. Solches bricht vermehrt auf in verachtenden Äußerungen gegenüber den Opfern und Verbrechen des Nationalsozialismus. Das greift den gesellschaftlichen Grundkonsens an, den die deutsche Demokratie aus den Lehren des NS gezogen hat, um von rechts eine völkisch-heldenhafte deutsche Nationalgeschichte zu konstruieren.

Vor dem Hintergrund zunehmender Zustimmung zum Antisemitismus in der Mitte-Studie 2020/21 lässt sich mit Adorno dringlich formulieren: Ziel aller Pädagogik ist es, dass Auschwitz sich nicht wiederhole. Deshalb brauchen wir eine starke politische Bildung für eine demokratische Mitte. Denn diese darf nicht schweigen, damit sich die menschenfeindliche Minderheit nicht mächtiger fühlt, als sie ist. Es gilt, die Herausforderungen auch anzunehmen. ●



Mehr zur Mitte-Studie
»Die geforderte Mitte«:

→ [www.fes.de/
mitte-studie](http://www.fes.de/mitte-studie)



Prof. Dr. Sabine Achour ist Professorin für Politische Bildung und Politikdidaktik am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

an der FU Berlin. Sie arbeitet zu den Themen Ideologien der Ungleichwertigkeit, Diversität, Inklusion, Sprachbildung. Sie ist Co-Autorin der aktuellen »Mitte-Studie«.



INTERVIEW

Profiteure der Angst? Rechte Parteien und die Corona-Krise

Fragen an Verena Stern

Frau Stern, die Herausforderungen der Covid-19-Pandemie haben europaweit auch rechte Parteien auf den Plan gerufen. Konnten extrem rechte Kräfte in Europa die Pandemie für sich nutzen?

Die kurze Antwort lautet: noch nicht. Die Umfragewerte für rechte Parteien der einzelnen Länder zeigen stagnierende oder gar sinkende Zahlen. Das lag auch daran, dass besonders zu Beginn der Pandemie die Bevölkerung den Regierungsparteien großes Vertrauen entgegenbrachte und es eine starke Zustimmung zu deren Strategien und Maßnahmen gab. Allerdings wird dieses Bild mit Andauern der Corona-Krise vielfältiger, Menschen sind »Corona-müde« und die Politik fährt nicht immer den klaren, transparenten und aufklärenden Kurs, den es bräuchte. Rechte Parteien könnten also mittel- oder langfristig doch noch profitieren, sei es bei Wahlen, die in einigen Ländern anstehen, oder in einer möglichen nachfolgenden Wirtschaftskrise.

Zeigen sich Gemeinsamkeiten der europäischen rechten Parteien im Umgang mit der Krise?

Die auffälligste Gemeinsamkeit – die allerdings nur bis zum Ende der ersten Welle anhielt – war der Ansatz der Regierungsparteien, der Krise konsensual mit den Oppositionsparteien entgegenzutreten. Dazu gehörten auch die extrem rechten Kräfte, die sich quasi im Gegenzug für diese Teilhabe unterstützend gegenüber den Beschlüssen zeigten. Das könnte langfristig zu einer Normalisierung führen in einigen Ländern.

Eine weitere Gemeinsamkeit der europäischen Rechten war, dass es für alle schwer war, sich in dieser Gesundheitskrise mit eigenen Themen und Ansätzen zu profilieren. Gelöst wurde dies dann entsprechend ihrer nationalen Kontexte durchaus unterschiedlich. So setzte Frankreich beispielsweise auf einen bereits etablierten Sicherheits-Diskurs, während Schweden oder Finnland die EU-Rettungsschirme ins Visier nahmen. Auch diese historisch gewachsenen, nationalen Spezifika und Schwerpunktsetzungen haben alle untersuchten rechten Parteien gemeinsam.

Wie kann der extremen Rechten entgegengetreten werden?

Zum einen ist es wichtig, in der Bevölkerung aufkommende Themen auch aufzugreifen und diese transparent, klar und ohne Vorurteile so aufzubereiten, dass möglichst viele Menschen erreicht werden. Gleichzeitig sollte dabei nicht mit rechten Positionen und Akteur_innen interagiert werden. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Eindämmung von Verschwörungsnarrativen und Fake News in den Sozialen Medien. Diese Kanäle müssten besser beobachtet und bei Verstößen müsste eingegriffen werden.



Den Report von Verena Stern »Die Profiteure der Angst? Rechtspopulismus und die Covid-19-Krise in Europa« gibt es ebenso wie die bisher acht Länderanalysen hier:

→ www.fes.de/c19rex



Verena Stern ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld und arbeitet zu den Themen Protest und Bewegung, Rechtsextremismus und Migration.

Die Fragen stellte **Franziska Schröter**, Leiterin des FES-Projekts »Gegen Rechtsextremismus«.

MITTE-STUDIE

»Es gibt mich, es gibt dich und es gibt uns« Mentalisierung als demokratische Kompetenz

Von Nora Rebekka Krott und
Klaus Michael Reininger

Auf politischer, sozialer, medialer und – wie die Corona-Pandemie gezeigt hat – nicht zuletzt auf wissenschaftlicher Ebene polarisieren sich Perspektiven und Meinungen. Bei vielen steigt das Bedürfnis, sich eindeutig zu positionieren. Dabei scheint es, als würden immer mehr Meinungen und Überzeugungen als Fakten behandelt.

Die Fähigkeit, Ambivalenzen bei sich und bei anderen auszuhalten und miteinander vermitteln zu können, nennt man *Mentalisierungsfähigkeit*. Diese Fähigkeit entwickeln Menschen unabhängig von ihrer Herkunft in Beziehungserfahrungen, in denen sie das Selbst und andere als getrennt voneinander und gleichzeitig im Einklang miteinander wahrnehmen und Ambivalenzen bei sich und anderen integrieren können, nach dem Prinzip »Es gibt mich, es gibt dich und es gibt uns«. Menschen, die mentalisieren, können sich vorstellen (mental repräsentieren), wie sie selbst und wie andere Menschen fühlen oder denken. Die demokratische Mitte stärkt sich aus denjenigen, die Perspektiven übernehmen und zwischen Positionen vermitteln, wie etwa zwischen Liberalen und Konservativen, Religiösen und Säkularen oder Verunsicherten und Überzeugten. Das heißt, die demokratische Mitte *mentalisiert*.



Aktuelle Daten der Mitte-Studie zeigen, dass die Mentalisierungsfähigkeit unter jenen ausgeprägt ist, die sich als Demokrat_innen identifizieren und damit die Mitte der demokratischen Gesellschaft bilden. Besonders Menschen, die sich der politischen Mitte sowie dem linken politischen Spektrum zuordnen, mentalisieren mehr als politisch Rechte. Zudem zeigen unsere Daten, dass Mentalisierungsfähigkeit einen persönlichen Schutzfaktor darstellt, der antidemokratischem Denken, Fühlen und Handeln entgegenläuft. Je ausgeprägter die Mentalisierungsfähigkeit, desto geringer fallen menschenfeindliche und rechtspopulistische Einstellungen oder Gefühle der politischen Machtlosigkeit aus. Letztlich zeigt sich: Wer mentalisiert, neigt weniger dazu, Gewalt als Mittel der Durchsetzung politischer Interessen zu billigen, und zeigt weniger rechtsextreme Einstellungen sowie autoritäre Aggression.

Mentalisieren kann man lernen und im Rahmen von professionellen und privaten Beziehungen stärken. Im Austausch mit Gefühlen, Perspektiven und Meinungen anderer lernen wir, uns selbst und die anderen besser zu verstehen und uns in Beziehung zueinander wahrzunehmen (z. B. im Rahmen von politischer Bildung, Schule, Familie, Arbeitsplatz). Menschen, die mentalisieren, begegnen sowohl inneren als auch äußeren Spannungen und Konflikten flexibel, offen und interessiert. Sie können Spannungen und Konflikte aushalten und in Beziehungen sowie Auseinandersetzungen vermitteln. ●



Mehr zur Mitte-Studie
»Die geforderte Mitte«:

→ www.fes.de/mitte-studie



Dr. Nora Rebekka Krott ist Psychologin und forscht zu Einstellungen zur Integration, Migration und einem Zusammenleben in Vielfalt sowie deren kognitiven und emotionalen Zusammenhängen.

Dr. Klaus Michael Reiningger ist ehemaliger Stipendiat der FES, leitet an der Uni Hamburg das Institut für Psychotherapie und arbeitet u. a. zu Radikalisierung.

Wege in die toxische Polarisierung

Das Schüren von Ressentiments als politische Strategie

Von Filip Milacic

Eine Demokratie funktioniert dem polnisch-amerikanischen Politikwissenschaftler Adam Przeworski zufolge dann, wenn bei den Wahlen etwas auf dem Spiel steht – aber nicht zu viel. Mit anderen Worten: Ein gewisses Maß an Polarisierung in einem demokratischen System ist wünschenswert, denn es bietet den Wähler_innen klare programmatische Alternativen. Das erhöht ihr Interesse an politischen Prozessen, wodurch das demokratische System stabilisiert wird. Eine Gefahr für die Demokratie stellt eine politische Dynamik dar, in der eine gesunde Polarisierung in eine toxische Polarisierung kippt. Aber wann ist diese Grenze überschritten?

Die toxische Polarisierung kann aus mehreren Gründen entstehen. Sie kann sozio-ökonomischer oder werte-ideologischer Natur sein. Sie kann durch ein wichtiges spalterisches Thema bzw. eine polarisierende Person provoziert werden. Oder sie kann auf einer Teilung in Pro- oder Contra-Regierungslager beruhen.

Für die Demokratie ist jedoch diejenige Polarisierung am gefährlichsten, die durch Identitätsthemen geschürt wird. Diese Art der Polarisierung besitzt das größte Potential, toxisch zu werden.

Kompromissfindung und die Einigung auf einen für beide Seiten akzeptablen Mittelweg sind leichter, wenn man beispielsweise über Steuerpolitik, Investitionsprioritäten, Sozialausgaben – also über die Verteilung des Kuchens – verhandelt anstatt über die Frage, wer zur Nation gehört, in Verbindung mit Fragen von Religion, Ethnie oder Sprache. Dies gilt auch für identitätspolitische Debatten über Gender und sexuelle Rechte. Hier geht es um existentielle Fragen. Also immer dann, wenn es nicht primär um Policy-Konflikte geht, sondern um Konflikte über unterschiedliche Weltanschauungen, steht bei Wahlen für die Menschen sehr viel auf dem Spiel.

Da identitätspolitische Debatten aktuell viele Länder prägen, könnte man zu dem Schluss kommen, dass die Demokratie in ernsthafter Gefahr steckt. Die Situation ist jedoch komplexer. Die Identitätsspaltung manifestiert sich nur dann in einer toxischen Polarisierung, wenn sie instrumentalisiert wird, um mit demagogischer Rhetorik eine »Wir gegen sie«-Kategorisierung im politischen System einzuführen. Sie dient den Demagog_innen dazu, eigene Wähler_innen erfolgreich zu mobilisieren und die Kontrahent_innen als eine Bedrohung darzustellen.

Erst allmählich beginnen die politischen Akteur_innen dann, die Grundnormen des demokratischen politischen Systems zu missachten, um ihre Macht zu sichern.

Gerrymandering und *Voter Suppression*, die Infragestellung der Legitimität der Opposition und der Wahlen, die Erosion der Überparteilichkeit bei Ernennungen von Richter_innen, Gewalt gegen Andersdenkende sowie Angriffe auf Medien sind zu Bestandteilen des amerikanischen politischen Systems geworden.

Victor Orbán in Ungarn und Jaroslaw Kaczynski in Polen inszenieren sich als Verfechter nationaler Interessen und Beschützer der ethnischen und kulturellen Identität ihrer Länder und fördern so deren gesellschaftliche Spaltung. Das Schüren der Ressentiments wird als politische Strategie für den Machterhalt benutzt.

Das Untergraben der verfassungsmäßigen Ordnung erfolgt durch Machtkonzentration in den Händen der Exekutive, durch gezielte Angriffe auf die unabhängige Justiz und vor allem durch Schwächung von *checks and balances* und wird als Maßnahme zum Schutz der Staatsinteressen und der nationalen Souveränität gerechtfertigt.

Für die Zukunft der Demokratie wird entscheidend sein, ob die politischen Eliten das Allgemeinwohl im Blick haben oder lieber der Erkenntnis von Stephen Webster folgen:

»An angry voter is a loyal voter.« ●



Dr. Filip Milačić ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im FES-Büro »Demokratie der Zukunft« in Wien und Visiting Fellow am Institut für die Wissenschaften vom Menschen in Wien.

Über Impfgegner, Querdenker und Pandemieschwurpler

Die Gefahren einer stärkeren Vernetzung der Milieus

Fragen an Pia Lamberty

Frau Lamberty, Verschwörungserzählungen scheinen seit Jahren zuzunehmen. Geht von ihnen eine Gefahr aus?

Verschwörungserzählungen gibt es schon sehr, sehr lange – trotzdem wurden sie lange nicht ernst genommen und als »Spinnereien« verharmlost. Die Covid-19-Pandemie hat das Gefahrenpotenzial dieser Mythen noch einmal verdeutlicht: Je stärker der Verschwörungsglaube, desto weniger werden Masken getragen, werden Maßnahmen oder Impfungen akzeptiert. Auch Antisemitismus ist elementarer Bestandteil von Verschwörungserzählungen. Das zeigt sich in Studien, aber auch bei den Inhalten, die digital oder bei Demonstrationen verbreitet werden. Es werden Feindbilder erschaffen, die dann für gesellschaftliche Missstände verantwortlich gemacht werden. Und das ist nicht ungefährlich: Frühere Mitte-Studien konnten zeigen, dass der Glaube an Verschwörungen mit einer erhöhten Gewaltbereitschaft einhergeht.

Welche Rolle spielt die Pandemie?

Krisensituationen können den Verschwörungsglauben zusätzlich befeuern. Sie sind ein Beispiel für einen kollektiv erlebten Kontrollverlust; und eine Kompensationsstrategie ist eben der Glaube an Verschwörungen. Man sieht dann plötzlich auch da Muster, wo keine sind. Insgesamt ist es für Menschen schwer, mit abstrakten Bedrohungen umzugehen. Das sieht man auch beim Thema Klimawandel. Die vermeintlichen Verschwörer sind dagegen greifbarer, konkreter – und können für die schlechte Lage verantwortlich gemacht werden.

Und was sagt die neue FES-Mitte-Studie? Gibt es einen Anstieg? Wird das Thema auch nach der Pandemie noch relevant sein?

Viele haben den Eindruck, dass während der Pandemie der Glaube an Verschwörungen zugenommen habe. Mit Blick auf die aktuelle Studienlage lässt sich das so aber nicht halten. Ich vermute, dass hier zwei Dinge passiert sind: Zum einen könnte ein Normeffekt eingetreten sein. Dadurch, dass das Thema gesellschaftlich diskutiert wurde, haben sich Menschen stärker positioniert, die vorher vielleicht eher indifferent waren. Ich befürchte aber auch, dass wir teilweise Menschen schwerer durch Studien erreichen, weil Wissenschaft noch einmal mehr zum Feindbild geworden ist in bestimmten Milieus als vor der Krise. Wer Wissenschaft als Teil einer Verschwörung sieht, nimmt dann vielleicht auch nicht mehr an Studien teil.



Aus meiner Sicht ist der Handlungsdruck gestiegen: Wer an eine Impfverschwörung glaubt und sich nicht impfen lassen will, sieht sich jetzt auch eher im Zugzwang. Es kam auch zu einer stärkeren Vernetzung der Milieus. Das kannten wir vorher so nicht. Ich vermute, dass es zwar immer wieder Zeiten geben wird, in denen das Thema weniger relevant wird. Sobald es aber zu gesellschaftlichen Spannungen kommt, können diese Netzwerke reaktiviert werden – ob zur Bundestagswahl oder im Kontext des Klimawandels. Deswegen muss man sich auch nach der Pandemie mit Verschwörungserzählungen beschäftigen.

Es wird immer wieder diskutiert, dass es sich bei Verschwörungsgläubigen um verunsicherte und besorgte Menschen handle. Was ist wissenschaftlich dran an dieser These?

Bereits bei Pegida, aber auch jetzt im Kontext von Querdenken wird immer wieder diese These aufgestellt. Daran knüpft die Frage an, wen oder was Menschen mit ausgeprägter Verschwörungsmotivität eigentlich als Bedrohung wahrnehmen. In der Mitte-Studie kamen wir zu dem Ergebnis, dass diese Menschen insbesondere Zuwanderung, Globalisierung, Linksextremismus oder Islamismus als Probleme sehen. Der Klimawandel oder auch Rechtsextremismus sind für sie dagegen weniger eine Bedrohung der Gesellschaft. Und wer etwas nicht als Problem sieht, der tut auch weniger dagegen.



Pia Lamberty ist Sozialpsychologin und Autorin (u.a. »Fake Facts« und FES-Mitte-Studien) und ist Geschäftsführerin beim Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS), das sich interdisziplinär mit Verschwörungsideologien, Desinformation, Antisemitismus beschäftigt.

Die Fragen stellte **Franziska Schröter**, Leiterin des FES-Projekts »Gegen Rechtsextremismus«.



KONFERENZ

»Unboxing Hate Speech«

Wie Politik und Zivilgesellschaft dem Hass entgegenzutreten können

Von Alina Fuchs, Kristin Linke und Yvonne Lehmann

Wenn sich Auseinandersetzungen in unserer Gesellschaft in Hass, Ausgrenzung und verbaler Gewalt entladen, dann bedeutet das eine reale Gefahr – eine Gefahr für das solidarische Miteinander in Vielfalt, für das demokratische Ringen um politische Lösungen, für die Demokratie als solche. *Hate Speech* verletzt Menschenrechte, greift Diskussionskultur und Solidarität an und drängt Menschen aus dem öffentlichen Raum. Und auf Worte folgen oft Taten.

Wie sich Politik und Zivilgesellschaft dieser Gefahr europaweit entgegenstellen können, war die große Frage der zweitägigen digitalen Konferenz »Unboxing Hate Speech. Europäische Impulse für Solidarität und Respekt im Netz«, die die Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz im Februar 2021 im Rahmen des Deutschen Vorsitzes im Europarat veranstaltet hat.

Klar wurde: Wir brauchen international alle Kräfte und alle Handlungsspielräume, um Hass im Netz zurückzudrängen und ein offenes, tolerantes und solidarisches Miteinander auch im digitalen Raum zu verteidigen – von einer klaren Gesetzgebung, konsequenter Strafverfolgung und zentralen Anlauf- und Beratungsstellen für Opfer von Hasskriminalität über eine starke, international vernetzte

Zivilgesellschaft und mehr politische Bildung und Medienkompetenz bis hin zu gelebten demokratischen Werten und dem Engagement jedes/jeder Einzelnen, z. B. durch aktive Gegenrede im Netz und auf der Straße.

Anlass, dem Hass entgegenzutreten, gibt es leider genug. Besonders gilt es, öffentlich Solidarität mit Betroffenen zu zeigen, denn oft sollen bestimmte Gruppen aus dem demokratischen Diskurs gedrängt werden – durch antifeministischen Hass gegen Frauen oder rassistische Hetze gegen marginalisierte Gruppen. Der Hass trifft besonders häufig auch Menschen, die sich für unser Gemeinwesen engagieren, sei es im Kleinen vor Ort oder in der großen Politik. Wenn Menschen sich aus dem Engagement zurückziehen oder politische Aushandlungsprozesse nicht mehr auf ein gemeinsames Fundament von Werten und Regeln bauen können, dann hat unsere Demokratie ein Problem.

Dass sie nicht zulassen werden, dass *Hate Speech* unsere Demokratien und unser Miteinander vergiftet, haben die Teilnehmenden aus ganz Europa eindrücklich deutlich gemacht. Dem giftigen Paket *Hate Speech* hat die Konferenz ein Bündel an gemeinsamen Ideen und Strategien entgegengesetzt. Diese umzusetzen bleibt ein andauernder Auftrag für die Politik, für Strafverfolgung und Gerichte und für die Zivilgesellschaft. ●

Zur Dokumentation der Konferenz im LiveBlog geht es hier:

→ www.fes.de/unboxing-hate-speech-konferenz/live-blog



Alina Fuchs ist Referentin für Demokratie und Partizipation.

Kristin Linke ist Referentin im Referat Mittel- und Osteuropa und betreut das neue Kompetenzzentrum Demokratie in Wien.

Yvonne Lehmann ist Referentin für Jugendbeteiligung.



Zitate aus der Konferenz

»Wir haben zu oft erlebt, dass Gewalt mit Worten begann und mit Taten auf der Straße endete. Meinungsfreiheit endet, wo Hetze und Aufrufe zur Gewalt beginnen. *Hate Speech* darf uns weder als Gesellschaft noch als Staaten spalten.«

Heiko Maas, Bundesaußenminister

»Wenn Menschen sich nicht frei und offen äußern, weil sie Sorge haben bedroht zu werden, dann ist das ein Angriff auf die Meinungsfreiheit, ein Angriff auf die Demokratie. Das dürfen wir nicht zulassen.«

Christine Lambrecht, Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz

»Wir müssen Respekt, Toleranz und Würde als die treibenden Kräfte einer Gesellschaft aktivieren.«

Martin Schulz, MdB, Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung

»Gegenrede ist mühsam, aber unverzichtbar. Wir als Zivilgesellschaft müssen den digitalen Raum verteidigen.«

Hannes Ley, Gründer der Facebook-Gruppe #ichbinhier

»Wir brauchen eine engagierte kritische Zivilgesellschaft. Wir dürfen uns nicht kaputt machen lassen von einer radikalen Minderheit.«

Michael Roth, Staatsminister im Auswärtigen Amt

»Ich will Hass nicht präsentieren, sondern zeigen, wie man damit umgehen kann: Anzeige erstatten, einen Account blockieren oder sich von Beratungsstellen unterstützen lassen.«

Louisa Dellert, Greenfluencerin und Podcasterin

WORKSHOPS

Distanzen überwinden Politische (Jugend-) Bildung in der Pandemie

Von Yvonne Lehmann

Mit dem Beginn der Pandemie wurde die politische Bildung im Schulalltag auf ein Minimum eingedampft. Die Anbieter_innen von außerschulischen politischen Bildungsangeboten kommen seit einem Jahr nicht mehr in die Schulen und haben es schwer, digitale Angebote zu adressieren.

Die Corona-Krise zwingt zu Distanz, aber auch zur Kreativität. Nach dem ersten Schock der Pandemie und der Absage von Veranstaltungen wurden schnell neue Angebote entwickelt, wie trotz räumlicher Trennung die Verbindung mit den Zielgruppen aufrechterhalten werden kann.

Die Folge war ein enormer Digitalisierungsschub der politischen Bildung. Dieser traf allerdings auf weniger gute Rahmenbedingungen des digitalen Schulalltags.

Parallel zur mangelnden Sichtbarkeit von politischen Bildungsangeboten schwindet bei den Jugendlichen das Vertrauen in Politik und deren Problemlösungskompetenz.

In der Studie der Bertelsmann-Stiftung »Das Leben von Jugendlichen in der Corona-Pandemie« gaben 57,5 Prozent der Befragten an, dass sie bezweifeln, dass junge Menschen ihre Ideen in die Politik einbringen können.

Um speziell bei jungen Menschen das Vertrauen in die Demokratie zu stärken, wurde die bundesweite Erstwähler_innen-Kampagne »Rettet die Wahlen« entwickelt. Aus verschiedenen Modulen können Schulen oder Jugendorganisationen sich je nach Interesse und Zeitbudget das perfekte Workshopprogramm (digital oder analog) zusammenstellen. ●

Mehr zu »Rettet die Wahlen« und der Studie »Wie schauen junge Menschen auf die Rolle des Staates?«:

→ www.fes.de/rettetdiewahlen

Yvonne Lehmann (Foto links) ist Referentin für den Arbeitsbereich Jugend und Politik.



IMPULS

Demokratische Selbstkorrektur Starke Zivilgesellschaft gegen die Polarisierung in Zeiten der Pandemie

Von Roland Roth

Wer angesichts der anhaltenden »Querdenker«-Proteste nicht verzweifelt, hat keinen politischen Verstand. Bei ihren Aufmärschen kommt eine aggressive Mixtur von Corona-Leugnung, Verschwörungsfantasien, Aberglauben, Esoterik und Ressentiments zusammen mit einer größer werdenden Portion Antisemitismus, Rechts extremismus und neoliberal getönter Rücksichtslosigkeit. Eine angstgesteuerte Selbstüberschätzung, Wissenschaftsfeindlichkeit und wütende Maßlosigkeit (»Corona-Faschismus«) überlagert jede nachvollziehbare Zukunftsangst und die berechnete Kritik am unzulänglichen staatlichen Infektionsschutz.

Die Folgen für die Zivilgesellschaft sind erheblich. Politische Polarisierungen, die bereits mit der Zuwanderung von Geflüchteten aufgebrochen sind, werden überlagert und verstärkt durch Kontroversen über den Umgang mit Covid-19. Zerrissenheit kennzeichnet heute viele Familien und Freundeskreise. Fehlende Verständigungsbereitschaft und emotionale Zuspitzung haben in Teilen zu einer Selbstvergiftung der Zivilgesellschaft geführt. Ihre zentralen Normen eines friedlichen und respektvollen Austragens von unterschiedlichen Meinungen und die Anerkennung vielfältiger Lebensweisen stehen zur Disposition. Das Vertrauen in eine der zentralen Errungenschaften der Zivilgesellschaft, ihre Fähigkeit zur demokratischen Selbstkorrektur und zivilen Repa-

ratur durch Gegenbewegungen und öffentliche Debatten schwindet. Angesagt ist daher eine offensive zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit diesen Entwicklungen, hinter denen oft Ohnmachtserfahrungen, Verlust- und Zukunftsängste stehen.

Eine zukunftsfähige Pandemiepolitik wird nur mit einer starken Zivilgesellschaft gelingen. Bevor sie unter Quarantäne gestellt wurde, hat sie mit spontanen Nachbarschaftshilfen vulnerable Gruppen unterstützt. Hätte man Schülerinnen und Schüler gefragt, hätten sie als »digital natives« sicherlich bessere Modelle digitaler Lern- und Kommunikationsplattformen kreiert. Bürgerstiftungen haben vorübergehend für alternative Begegnungsmöglichkeiten von Alten- und Pflegeheimbewohner_innen gesorgt. Lokale Modelle wie in Tübingen und Rostock haben einen Eindruck von der möglichen Kreativität vor Ort vermittelt. Künftige lokale Pandemiekonzepte – und sie werden nötig sein – dürfen nicht noch einmal ohne Beteiligung und Engagement der Bürgerschaft gedacht werden.

Verantwortliche und gestaltende Beteiligung ist das beste Mittel zur Selbstkorrektur der Zivilgesellschaft. Das Gefühl, in einer sich schnell wandelnden Umwelt ohne eigene Gestaltungsmöglichkeit zu sein, gebiert antidemokratische Ungeheuer: den Wunsch nach autoritärer Führung oder die Flucht in rückwärts gewandte Gesellschaftsbilder.

Wir benötigen jetzt eine neue Runde von Nachbarschaftsgesprächen, aber auch lokale Bürgerräte und Engagementfonds für lokale Begegnungsprojekte. Anders als 2015 geht es diesmal nicht um Neuzugewanderte, sondern um eine Integrationspolitik für die verstörten und verfeindeten Einheimischen in einer teilweise vergifteten Zivilgesellschaft. Die potentiell zivilisierende Wirkung von Kontakt- und Dialoggelegenheiten, sei es beim Essen, Singen oder im Sport, ist gut belegt.

Nicht zuletzt die zivilgesellschaftlichen Elemente einer vielfältigen Demokratie – bürgerschaftliches Engagement, Protest und Initiativen, Alltagsdemokratie in Familien, Kitas und Schulen – werden benötigt, um Ohnmachtserfahrungen abzubauen und den demokratischen Wunsch von vielen zu erfüllen, selbst etwas bewirken zu können.

Zivilgesellschaftliche Initiativen können auch die Transparenz und Verantwortlichkeit repräsentativer Demokratie verbessern. Ressentiments wird es immer geben, aber alltägliche und wirksame Beteiligung kann die Kluft zwischen der Bevölkerung und den Regierenden verringern. Wenn dies nicht gelingt, werden die Aushöhlungsprozesse repräsentativer Institutionen voranschreiten. Das kreative Potential der Zivilgesellschaft und ihre Fähigkeit zur demokratischen Selbstkorrektur dürfen nicht ungenutzt bleiben. Denn die Qualität einer Zivilgesellschaft zeigt sich nicht zuletzt darin, dass ihre Akteur_innen Verantwortung für Entwicklungen übernehmen, die sie selbst nicht verursacht haben.

Unnötig in einem sozialdemokratischen Kontext zu erwähnen: Eine starke Zivilgesellschaft braucht eine sozialpolitische Flankierung, um nicht durch eine Ungleichheitsdynamik beschädigt zu werden, die sich durch die Pandemie noch einmal beschleunigt hat. ●



Prof. Dr. Roland Roth hat zuletzt als Politikwissenschaftler an der Hochschule Magdeburg-Stendal gearbeitet. Er ist Mitglied der Steuerungsgruppe des Arbeitskreises »Bürgergesellschaft und Demokratie« in der FES.

INTERVIEW

Die Demokratisierung der Demokratie Bürgerräte als Abbild der Bevölkerung

Fragen an Andreas Schäfer

In der letzten Zeit wird viel über die Krise der repräsentativen Demokratie gesprochen: von sinkendem Vertrauen der Bürger_innen in repräsentative Institutionen bis zur Politikverdrossenheit und sinkenden Wahlbeteiligung. Haben die Bürger_innen mehr Ansprüche als früher? Oder haben sich die Fähigkeiten demokratischer Institutionen, Partizipation zu fördern, verschlechtert?

In einem gewissen Sinne gehört die wiederkehrende Krisendiagnose zur Demokratie dazu, weil sie auch Folge des anspruchsvollen demokratischen Versprechens der gleichen politischen Teilhabe aller ist. Diesem Versprechen können politische Systeme letztlich nur in einem Prozess der fortwährenden Innovation gerecht werden. Insofern müssen zunehmend kritische Bürger_innen, die demokratische Werte einfordern, noch kein existentielles Problem für die repräsentative Demokratie darstellen. Ein schwerwiegendes Problem besteht aber, wenn Enttäuschung und mangelndes Vertrauen zu einer partizipativen Enthaltensamkeit und Abkehr von integrierenden Organisationen und Institutionen führt – und insbesondere, wenn dies sozial selektiv geschieht. Empirische Untersuchungen zeigen, dass Mitglieder unterprivilegierter sozialer Schichten zwar tendenziell neue und alternative Formen der Partizipation begrüßen, diese aber tatsächlich weniger nutzen (können), während besser gestellte Bevölkerungsgruppen ihre Interessen und Werte sowohl über traditionelle als auch alternative Kanäle effektiver in den politischen Prozess einbringen.

Können die Bürgerräte als relativ neue Form der Partizipation eine Antwort auf die Krise der repräsentativen Demokratie sein?

Die Demokratisierung der Demokratie ist aus den eben genannten Gründen eine politische Daueraufgabe. Demokratische Innovationen wie Bürgerräte können hierzu einen konstruktiven Beitrag leisten, wenn sie nicht nur als Placebo eingeführt werden, sondern tatsächlich bestehende Strukturen verändern. Anders als

klassische repräsentative Gremien beruhen Bürgerräte nicht auf Wahlen, sondern auf Losverfahren. Dies führt eine neue Logik in den politischen Prozess neben dem Wettbewerb durch Wahlen ein. Klassische repräsentative Institutionen und Organisationen wie Parteien müssen dann ihre Rolle in Bezug auf geloste Gremien wie Bürgerräte neu definieren. Idealerweise erwächst daraus ein komplementäres Verhältnis, in dem Parteien sich von Bürgerräten inhaltlich inspirieren lassen, sie aber auch kritisch begleiten.

Was sind die wichtigsten Vorteile und Nachteile von Bürgerräten?

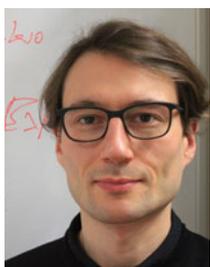
Bürgerräte können durch ihr stratifiziertes Losverfahren ein inklusives Abbild der Bevölkerung schaffen. Sie stellen zudem ein Verfahren zur Verfügung, in dem die Teilnehmer_innen einschlägige Informationen verarbeiten und miteinander konstruktiv beraten (»deliberieren«) können. Dadurch werden die Perspektiven durchschnittlicher Menschen reflektiert und in den politischen Prozess eingespeist. Auf der anderen Seite kosten Bürgerräte Zeit und Geld. Außerdem stellt sich die Legitimität nach außen – anders als bei gewählten Gremien – weniger selbstverständlich dar. Weiterhin könnten Bürgerräte in Konkurrenz zu aktivistischen Formen der Partizipation treten oder schlimmstenfalls zur symbolischen Legitimation des Status quo missbraucht werden.

Mehr zum Thema:
Studie »Ein Beteiligungsrat für die Bundespolitik – Mehr Mitsprache wagen – repräsentative Demokratie stärken«

Wie schafft man es, dass die Ungleichheiten des bestehenden repräsentativen Systems in den Bürgerräten nicht reproduziert werden?

Erstens muss das Los- und Einladungsverfahren so gestaltet werden, dass tatsächlich Menschen aus allen Gesellschaftsschichten teilnehmen. Zur Ausbalancierung bestehender Ungleichheiten können ergänzend auch Formate sinnvoll sein, in denen zunächst ausschließlich partizipativ Benachteiligte eingeladen werden, ihre Positionen in kollektiver Beratung zu entwickeln, bevor sie diese wiederum in sozial heterogenen Arenen diskutieren.

Zweitens muss der interne Kommunikationsprozess so gestaltet und moderiert werden, dass sich alle Teilnehmenden unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund und Habitus gleichberechtigt einbringen und Gehör verschaffen können. Hier müssen ständig auch subtile Ausschlussmechanismen kontrolliert werden. Drittens – und das ist noch die größte Baustelle – müssen Bürgerräte als eigenständiger und einflussreicher Faktor in das demokratische politische System eingebettet werden. Sie sollten in gewissem Maße ihre eigene Agenda beeinflussen und ihre Beratungen sowie deren Ergebnisse effektiv in den öffentlichen Willensbildungsprozess einbringen können. Ihr volles demokratisierendes Potential können Bürgerräte letztendlich aber nur dann freisetzen, wenn sie Teil der politischen Kultur werden. Wenn irgendwann einmal jede_r Bürger_in realistischere Weise damit rechnen könnte mindestens einmal im Leben für die Teilnahme an einem Bürgerrat ausgelost zu werden, könnte diese Partizipationsform eine große demokratische Integrationskraft entfalten.



Dr. **Andreas Schäfer** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrbereich Politische Soziologie und Sozialpolitik des Instituts für Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. In seiner Forschung und Lehre konzentriert er sich vor allem auf die Schnittstelle zwischen politischen Kommunikations- und Entscheidungsprozessen. Er ist auch Mitverfasser einer FES-Studie zu Bürgerräten. Die Studie erscheint im Juli 2021.

Die Fragen stellte **Filip Milačić**.

Wie viel braucht der Mensch, um zufrieden zu sein?

Fragen und Antworten zu Coronafolgen

Die Probleme nach Corona sind die Probleme vor Corona, nur verstärkt. Das hat die Pandemie schonungslos gezeigt. Ob Ungleichheit und Klimawandel, Wirtschaft und Arbeit, Geschlechterverhältnisse, Gesellschaft, Demokratie und Staat – Corona verschärft alte Missstände und Widersprüche. Was sind die Folgen? Wie kommen wir da wieder raus? Und was können wir besser machen? Acht prominente Köpfe aus Wissenschaft, Politik und Kultur geben Antworten.

Zitate aus der FES-Corona-Interview-Reihe »rausgeblickt:«

Der Kulturosoziologe **Andreas Reckwitz** denkt darüber nach, wie Staat und Gesellschaft sich durch die Corona-Pandemie neu erfinden könnten:

»Ich denke, an zwei Punkten kann man sehr deutlich erkennen, dass der Dynamisierungsliberalismus in eine Sackgasse geraten ist. Das eine Problem ist die Vernachlässigung öffentlicher Infrastruktur als ein Ergebnis des Paradigmenwechsels vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat.

Ein Beispiel ist der Gesundheitssektor, ein Bereich, der in der Corona-Situation besonders wichtig ist, und wenn ein sehr schwaches öffentliches Gesundheitssystem herrscht, dann sind auch die Reaktionen auf die Pandemie entsprechend ineffizient. (...) Gefordert ist hier nicht unbedingt ein starker Staat, aber ein gut organisierter, ein »smarter Staat.«

Der französische Ökonom **Thomas Piketty** denkt nach über Ungleichheit, frühere Seuchen und Krisen:

»Die Krise illustriert noch einmal ganz deutlich, wie ungleich die Gesellschaft strukturiert ist. Und sie zeigt noch einmal, dass es notwendig ist, das System zu ändern.«

Die Klima- und Transformationsforscherin **Maja Göpel** spricht über das, was nötig ist, um die Erde als lebenswerten Ort zu bewahren:

»Die Idee von immer mehr, damit alle genug haben, bekommt ein Glaubwürdigkeitsproblem.«

Die Politikwissenschaftlerin **Gesine Schwan** hebt den Zusammenhalt in der Corona-Pandemie hervor:

»Wir müssen analytisch zeigen, wie sehr diese reine Ökonomisierung der zwischenmenschlichen Verhältnisse des Teufels ist und wie viel sie zerstört.«

Die politische Philosophin **Lisa Herzog** fragt danach, wie wir die Jobs der Zukunft gestalten wollen:

»Umbruchsituationen sind immer Unsicherheitssituationen, und in denen gibt es neue Aushandlungsprozesse und auch Kämpfe darum, wie sich Macht neu verteilt.«



»rausgeblickt:«

Die Gesprächsreihe über Corona & die Zeit danach.

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung

von Thomas Hartmann, Jochen Dahm und Christian Krell

Ein Jahr Pandemie Zum Zustand unserer Gesellschaft

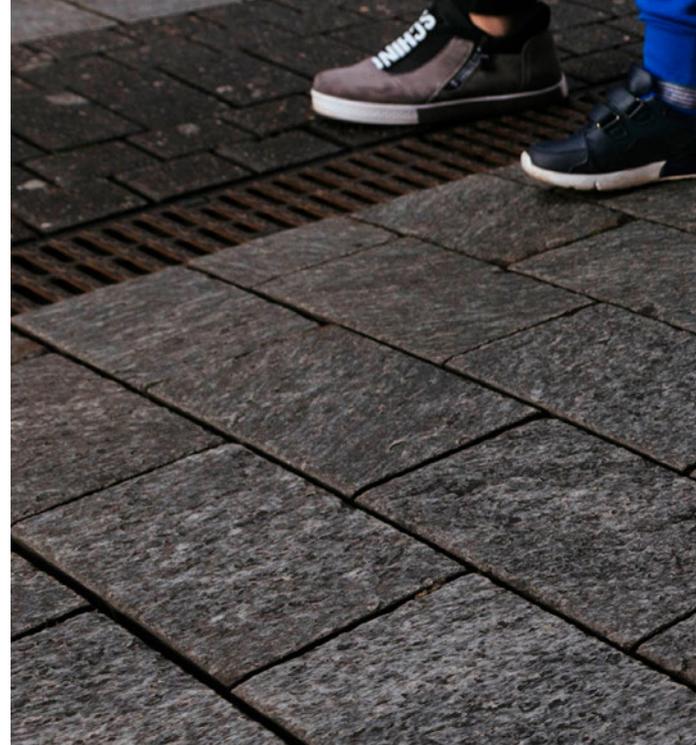
Von Frank Vogelsang

Bereits im Frühjahr 2020 hatte sich Frank Vogelsang in einer FES-Publikation mit den gesellschaftlichen Folgen der Corona-Krise beschäftigt: »Demokratie im Ausnahmezustand. Wird die Pandemieerfahrung den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken?«

→ <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/16316.pdf>

Der vorliegende Text zieht nun eine Bilanz nach einem Jahr mit der Pandemie.

Seit über einem Jahr grassiert die Pandemie des Virus SARS-CoV-2 in der Welt, in Europa und in Deutschland. Im Mai letzten Jahres hat die Friedrich-Ebert-Stiftung die Textreihe »Demokratie im Ausnahmezustand« aufgelegt. In dieser Zeit gab es eine gewisse Hoffnung, dass dem ersten bundesweiten Lockdown eine Phase der sukzessiven Öffnung und eine Rückkehr in das »alte Leben« folgen könnten. Deutschland stand im internationalen Vergleich gut da. Doch dann folgte ein Jahr der Hoffnungen und Rückschläge, ein sehr langes Jahr. Der zweiten Welle folgte bald eine dritte.



In der Gesellschaft zeichnen sich durch den lang anhaltenden Ausnahmezustand an vielen Stellen Risse ab. Auf der einen Seite sind einige Bereiche der Wirtschaft erstaunlich gut durch die Krise gekommen, vor allem die Industrie. Auf der anderen Seite stehen der Dienstleistungsbereich, große Teile des Einzelhandels, der Tourismus, die Gastronomie, das Hotelgewerbe. Hier sind die Einschnitte gravierend, ohne staatliche Hilfe wären viele Betriebe im Konkurs. Die Arbeitslosigkeit stieg an, die Auswirkungen werden sich aber erst dann richtig zeigen, wenn das Insolvenzrecht wieder greift und die Kurzarbeiterzahlen zurückgehen. Weitere Verwerfungen entstehen indirekt durch die Hilfen, durch die expansive Politik und die sehr weitreichenden Maßnahmen der Notenbanken: Die Aktienmärkte erreichen Rekordhöhen, ebenso die Immobilienpreise. Menschen ohne großes Vermögen, also die weitaus meisten, können davon nicht profitieren. Hierdurch nimmt die soziale Ungleichheit zu. Eine Vermögenssteuer ist eine dringend notwendige Korrektur.

Die Ausbreitung der Virus-Infektionen und die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung greifen in den Alltag der Menschen ein und führen zu weiteren sozialen Verwerfungen. Viele Menschen haben Angehörige verloren. Studien belegen, dass Menschen in ärmeren Vierteln signifikant häufiger erkranken. Die Möglichkeit zum Homeoffice ist sehr ungleich verteilt. Gravierende Folgen werden sich auf längere Sicht durch den massiv gestörten Schulunterricht ergeben. Kinder aus bildungsfernen Schichten leiden besonders unter den Ausfällen und Improvisationen.



Die psychische Belastung ist in engen Stadtwohnungen viel größer als bei Bewohner_innen von Eigenheimen. Viele Existenzen im Bereich der Kultur stehen durch den Dauerlockdown auf dem Spiel. Für das gesellschaftliche Selbstverständnis und den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist die Kultur von unschätzbbarer Bedeutung. Eine tragende Rolle spielen ebenso Formen sozialer Verbundenheit wie politische Parteien, religiöse Gemeinschaften, Kirchen und Vereine. Aber auch hier waren die Aktivitäten über lange Zeit auf einem sehr niedrigen Niveau, viele soziale Formationen sind schwächer geworden.

Damit bleibt ein äußerst durchwachsenes Zwischenfazit: Schlimmste Konsequenzen wie in früheren Wirtschaftskrisen mit Massenarmut und Arbeitslosigkeit konnten zwar vermieden werden; und doch wurde das gesellschaftliche Gefüge stark in Mitleidenschaft gezogen. Das ist beunruhigend, wenn man sich in Erinnerung ruft, dass durch Neoliberalismus und eine hochindividualisierte Kultur die soziale Verbundenheit in der Gesellschaft schon vor der Pandemie stark geschwächt war, nur überdeckt von dem Wohlstand aus den sehr positiven wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des letzten Jahrzehnts.

Wie wird es weitergehen? In Deutschland hatte sich in den letzten Jahren in weiten Teilen der Bevölkerung ein sedierendes Selbstverständnis ausgebildet: »Deutschland, ein Land, in wir gut und gerne leben.« (»Auenland«, Stephan Grünewald.) Dieses Gefühl ist zwar in den letzten Monaten zutiefst gestört worden, dennoch versuchen viele die gefühlte Behaglichkeit so lange als möglich aufrechtzuerhalten. Andere ahnen, dass längerfristige Effekte der Pandemie einen Weg zurück versperren.

Doch damit zeichnet sich nicht zugleich ein Weg in die Zukunft ab. Wir sind offenkundig in einem »Limbus«, in einem undefinierten Zwischenzustand. Wir nutzen vermehrt digitale Technologien, aber entwickeln wir sie im demokratischen Sinne weiter? Langfristig werden sowohl soziale wie auch ökologische Herausforderungen dominieren. Durch Biden in den USA und durch den Höhenflug der Grünen in Deutschland ist die ökologische Agenda gesetzt. Noch aber drängen die Themen des gesellschaftlichen Zusammenhalts nicht nach vorne. Ob sie bis zum Herbst die allgemeine Öffentlichkeit bestimmen, wird auch den Ausgang der Bundestagswahl mitbestimmen. ●



Dr. Frank Vogelsang
ist Direktor der
Evangelischen Akademie
im Rheinland.

»Make tomorrow new«

Kultur, Kunst und das demokratische Miteinander

Von Franziska Richter



»Miss you« heißt eine Kampagne von Künstler_innen, die deutschlandweit mit ihren lebensgroßen Konterfeis in Kontakt mit ihrem Publikum treten, das sie so vermissen. Und auch dieses vermisst sie schmerzlich, denn Kunst und Kultur gehören zu den elementaren menschlichen Grundbedürfnissen – dies ist allen in den letzten Corona-Lockdown-Monaten mit geschlossenen Theatern, Kinos, Clubs, Ausstellungen, Galerien, Musikschulen etc. sehr bewusst geworden.

Kulturelle Orte sind öffentliche Orte, die Austausch, Auseinandersetzung, Begegnung, Inspiration und nicht zuletzt auch Entspannung bieten. Es sind Versammlungsorte, in denen wir die Sinnhaftigkeit unseres Zusammenlebens diskutieren und verhandeln – so der Hamburger Kultursenator Carsten Brosda. An kulturellen Orten erleben wir unser Zusammensein, werden auf Widersprüche aufmerksam gemacht, erproben demokratisches Miteinander.

Aus diesem Grund ist auch die Frage nach der Systemrelevanz von Kunst und Kultur irreführend, da es ihre immense Bedeutung für gesellschaftliche Demokratisierungsprozesse auf die ökonomische Frage der Effizienz reduziert. Kultur ist *gesellschaftsrelevant*.



Franziska Richter
ist Referentin für
Kultur&Politik im
Referat »Demokratie,
Gesellschaft und
Innovation«.

»Morgen ist die Frage«: Dieser Satz ragt weithin sichtbar vom Berliner Club »Berghain« in den Stadtraum. Die durch Corona bedingte Krise auch als Chance für Reflexion und Veränderung zu begreifen – so jedenfalls lässt sich das Ausstellungsprojekt »Studio Berlin« interpretieren, das seit September letzten Jahres den Club in eine temporäre Kunsthalle verwandelt. Mehr als 80 Berliner Künstler_innen reflektieren hier mit ihren Arbeiten zentrale Fragen, die uns angehen: Was bleibt, was wird neu entstehen? Was bedeuten Solidarität, Gerechtigkeit und Zusammenhalt während und nach der Pandemie?

Und nicht zuletzt ermutigen sie auch – wie eine der Installationen in der Ausstellung –, eine bessere Welt zu imaginieren: »Make tomorrow new«.

Bereits zu Beginn der Pandemie, seit März 2020, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung Kulturschaffende und Kreative zur Reflexion über die Bedeutung der Corona-Zeit für die Kulturlandschaft eingeladen.

Entstanden ist daraus die Anthologie »Echoräume des Schocks. Wie uns die Corona-Zeit verändert«. 25 Autor_innen erzählen von Ängsten und Hoffnungen in ihrem Alltag im Ausnahmezustand, erkennen aber auch die Chancen der Krise und weisen Wege in die Zukunft. Sie sind in ihren Analysen tiefenscharf und weitsichtig und geben wichtige Impulse zur Debatte für eine zukünftige Kultur(-Politik).

Mehr Infos zum Buch und zu den Veranstaltungen zum Thema »Kultur in Corona-Zeiten« hier:

→ <https://www.fes.de/themenportal-geschichte-kultur-medien-netz/artikelseite/echoraume-des-schocks>

Die Entmündigung der afrikanischen Jugend

Millionen Jugendliche in Uganda an der Stimmabgabe gehindert

Von Maria Alesi

Wenn die Jugend eines Landes nicht in großer Zahl wählen kann, markiert das eine Krise der Demokratie. Dies lässt sich gerade in Uganda und einigen vergleichbaren afrikanischen Ländern beobachten. Das Durchschnittsalter auf dem afrikanischen Kontinent liegt bei knapp 20 Jahren, in Uganda, dem zweitjüngsten Land der Welt, bei knapp 17 Jahren.

Die sich verändernde Demografie der Wähler und Wählerinnen stärkt die Reihen der Opposition gegen alteingesessene Regime. Die von den Stimmen der Jugend getragenen Oppositionsgruppen und Bewegungen werden dann oft Ziel der gewaltsamen Attacken der sogenannten »starken Männer«, die sich länger an der Macht halten, als es die Verfassungen ihrer Länder ursprünglich vorsahen.

Bei den jüngsten Wahlen in Uganda wurden Mitte Januar 1,5 Millionen Jugendliche von der Stimmabgabe ausgeschlossen, weil die Wahlkommission das Wahlregister bereits ein Jahr zuvor geschlossen hatte. Einen ähnlichen Ausschluss junger Wähler_innen gab es 2016 im benachbarten Tansania. Zum Teil ist dies legislativen und verwaltungstechnischen Schwierigkeiten geschuldet oder mangelnden Ressourcen für die Wahlkommission und den Registrierungsprozess. Aber diese Probleme ließen sich leicht durch eine bessere Planung und Ausstattung der Institutionen lösen, wie durch ein Register der 18-Jährigen und deren zeitnahe Registrierung.

Doch hinter dem Stimmenentzug der Jugend, besonders der Jungwähler_innen im großen informellen Sektor der Städte, steht auch der systematische Versuch, Oppositionsgruppen zu schwächen und junge Bewerber_innen von der Kandidatur um politische Ämter abzuhalten. Die Jungen stimmen mehrheitlich für die Jungen und für den Wandel, während der Wahlprozess weiterhin von den Alten gesteuert wird, die eher an Kontinuität und Stabilität interessiert sind.

In den nächsten fünf bis zehn Jahren wird die große Mehrheit der Wähler_innen zwischen 18 und 35 Jahre alt sein. Bei den nächsten Wahlen in Uganda 2026 werden zusätzliche fünf Millionen junge Leute wahlberechtigt sein. Diese Gruppe teilt nicht mehr die Erfahrungen von Krieg und Gewalt, welche die ältere Generation an der gegenwärtigen Führung festhalten lässt. Diese hat zwar zumindest einen oberflächlichen Frieden gebracht, aber weder eine gerechte Verteilung der Güter noch Jobs für junge Bürger_innen. Wenn 2026 eine klare Mehrheit der Jungwähler_innen für Oppositionsparteien stimmt, wird die herrschende Partei des National Resistance Movement (NRM) zu noch drastischeren Mitteln und Manipulationen greifen müssen als in diesem Jahr, um den Machterhalt zu sichern.

Vor dem Hintergrund dieser demografischen Veränderungen und einer in Bedrängnis geratenen Zivilgesellschaft muss verhindert werden, dass Africa's strong men weiter den Prozess der Wahlregistrierung benutzen, um Jungwähler_innen von der Stimmabgabe auszuschließen. Die Zukunft einer auf Wahlen gestützten Demokratie in Uganda, Afrika und darüber hinaus hängt von der Fähigkeit der politischen Systeme ab, der Jugend des Landes in all ihrer Diversität eine ungehinderte und aktive Teilnahme am politischen Prozess und an fairen, freien Wahlen zu gewähren. ●



Maria Alesi war von 2017 bis 2020 Projektkoordinatorin im FES-Büro in Uganda und arbeitet seitdem als unabhängige Beraterin im Bereich Menschenrechte und Entwicklung.



LÄNDERANALYSE

Brasiliens vielfältige Krisen

Die Wechselwirkung von Wirtschaft und Demokratie

Von Christoph Heuser

Die Demokratie Brasiliens steckt in der Krise und das nicht erst seit Bolsonaro. Das Vertrauen in die Demokratie, die politischen Parteien, insbesondere die Linke, wurde Schritt für Schritt immer weiter erschüttert. Nicht zuletzt waren wirtschaftliche Rückschritte hierzu ein Katalysator.

Beginnend mit Massenprotesten im Jahr 2013, dem fragwürdigen Impeachment von Dilma Rousseff 2016, dem in der Folge schrittweisen Zurückdrehen von sozialen Errungenschaften und einer starken gesellschaftlichen Polarisierung, angefeuert durch Fake News-Kampagnen, befindet sich das Land in einer Dauerkrise.

Korruptionsskandale haben zudem das Vertrauen in Parteien und Politiker_innen noch weiter sinken lassen. All dies hat dazu beigetragen, dass ein rechtsradikaler Präsident nun das größte Land Lateinamerikas führt und dabei offen gegen demokratische Institutionen hetzt – bis hin auch zu wenig verschleierte Drohungen einer Militärintervention. Mittlerweile sind über 6000 Positionen in Regierungsbehörden mit Militärs besetzt, acht Minister sowie der Vizepräsident sind Militärs.

Es ist also ein multiples Krisenszenario, dessen einzelne Faktoren sich gegenseitig verstärken. Die wirtschaftliche Krise und die Wirtschaftspolitik nehmen dabei eine herausgehobene Stellung ein. Denn die neoliberale Politik der letzten Jahre, derzeit gar in einer unheiligen Allianz mit autoritären Tendenzen, hatte großen Einfluss auf die jetzige soziale und politische Situation und wird für die demokratische Entwicklung in Brasilien entscheidend sein.

Brasilien wurde einst zum Beispiel für Armutsbekämpfung u. a. mit dem berühmten Programm Bolsa Familia und dem Aufstieg einer neuen Mittelklasse. Auch die Ungleichheit verringerte sich und bildungsfernen Schichten wurde der Zugang zu Universitäten ermöglicht. Doch der Wandel vollzog sich nur langsam und die progressiven Maßnahmen wurden ab 2016 zurückgedreht.

Nun leiden 19 Millionen Menschen Hunger, die Hälfte der Brasilianer_innen erlebte im letzten Jahr eine Form der Ernährungsunsicherheit, so das Ergebnis einer von der FES geförderten Studie. Zudem sind viele der damals in die Mittelklasse aufgestiegenen Menschen wieder abgerutscht. Auch diese ökonomische Frustration und die Erzählung von der korrupten linken Politikerklasse trieb viele Brasilianer_innen Bolsonaro in die Arme und die Bevölkerung auseinander.

Doch was bedeutet eine progressive Wirtschaftspolitik konkret und welche Rolle nimmt der Staat ein? Antworten auf diese Fragen zu finden, diese auch zu vermitteln und letztlich umzusetzen wird in Brasilien einen großen Einfluss auf die demokratische Entwicklung haben. Seit jeher bestimmt eine Wirtschafts- und Landbesitzelite auch die politischen Geschehnisse maßgeblich mit, während Teile der Bevölkerung, vor allem Schwarze, vom gesellschaftlichen Aufstieg noch immer größtenteils ausgeschlossen sind. Die Verringerung der Ungleichheit ist eine Voraussetzung für die Teilhabe aller und damit eine wesentliche Voraussetzung für die langfristige Stärkung der Demokratie.

Die derzeitige wirtschaftliche Krise trifft wie überall benachteiligte Gruppen besonders hart. Die Arbeitslosigkeit von offiziell 14 Prozent ist in Wirklichkeit schätzungsweise doppelt so hoch. Knapp 40 Prozent der Arbeitskräfte, über 34 Millionen Menschen, arbeiten in der informellen Ökonomie. Allein die Anzahl der Lieferdienst-Fahrer_innen ist 2020 um 137 Prozent gestiegen. In diesem sich wandelnden Arbeitsumfeld mit wirtschaftlichen Rückschritten

können sich die Gewerkschaften nur bedingt schlagkräftig einbringen. Seit einer Arbeitsmarktreform von 2017, durch die ein Großteil der Finanzierung weggebrochen ist, befinden sie sich in einem Abwehrkampf, bei dem es schlicht um das Überleben von starker gewerkschaftlicher Arbeitnehmer_innenvertretung geht, während Arbeitnehmer_innenrechte konsequent zurückgeschraubt wurden.

In diesem Szenario arbeitet FES Brasilien unter anderem mit Wissenschaftler_innen an Konzepten für Alternativen zur Austeritätspolitik und einer Rolle des Staates als Motor für eine sozial-ökologische Transformation. Darüber hinaus organisiert die FES Hintergrundgespräche, Workshops mit Parlamentarier_innen und Expert_innen zur Wissensvermittlung und konkreten Vorbereitung von Gesetzesvorhaben auch unter Berücksichtigung der Menschenrechte.

Die Wirtschaftsentwicklung wird kurzfristig Auswirkungen auf die Präsidentschaftswahl 2022 haben. Bolsonaro wird durch Hilfszahlungen versuchen, sich Unterstützung zu sichern und gleichzeitig neoliberale Reformen durchzusetzen. Vor allem durch die hohe ökonomische und strukturelle Ungleichheit wird die wirtschaftliche Entwicklung aber auch langfristig entscheidenden Einfluss auf die brasilianische Demokratie haben. ●



Christoph Heuser
ist Leiter der
FES-Vertretung
in Brasilien.

INTERVIEW

Ist eine globale Demokratie möglich?

Die demokratische Interessenvertretung in internationalen Organisationen ist unzureichend

Fragen an Dena Freeman

Frau Freeman, was hat Demokratie mit Ungleichheit zu tun?

Lange war die Auffassung verbreitet, mehr Demokratie führe automatisch zu mehr wirtschaftlicher Gleichheit. In der Theorie liegt die Verbindung auf der Hand. Wären alle Menschen über ihre politische Stimme an wirtschaftlichen Entscheidungen beteiligt, müsste eine Politik der Umverteilung automatisch Unterstützung finden und nach und nach umgesetzt werden. Doch im Gegensatz zu diesen theoretischen Überlegungen zeichnen empirisch erhobene Daten ein überraschend anderes Bild. Zwar führte die Demokratisierung Europas im 19. und frühen 20. Jahrhundert tatsächlich zu einer deutlichen Abnahme der wirtschaftlichen Ungleichheit. Doch in der Phase der Demokratisierung in Osteuropa und Lateinamerika, die sich deutlich später, in den 1980er- und 90er-Jahren, vollzog, war dies nicht der Fall. Hier nahm die Ungleichheit tendenziell sogar eher noch zu!

Dieses Muster der wachsenden wirtschaftlichen Ungleichheit in etablierten Demokratien setzt sich auch in der Gegenwart fort.

Warum ist das so?

Es gibt hierzu verschiedene Theorien. Ich denke, der wichtigste Grund liegt in der globalisierungsbedingten zunehmenden Entdemokratisierung der Wirtschaftspolitik. Viele Regeln der Weltwirtschaft werden auf globaler Ebene festgelegt durch internationale Organisationen wie die WTO oder den IWF. Die Bürger_innen haben keine Möglichkeit, auf diese Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Internationale Organisationen sind jedoch nicht demokratisch strukturiert. Entscheidungen werden durch Regierungsvertreter_innen getroffen und die Macht konzentriert sich auf einige wenige Industriestaaten.

Heute sind die meisten Staaten an die Beschränkungen des globalen Systems gebunden und somit nicht frei in der Gestaltung ihrer eigenen Wirtschaftspolitik.



Bedeutet das, dass Demokratie und Globalisierung einander ausschließen?

Nicht unbedingt. Wir können durchaus beides haben, aber wir müssen die globale Entscheidungsebene demokratischer gestalten. Das ist keine einfache Aufgabe. Die Regeln und Strukturen der Weltwirtschaft sind in dieses System fest eingebunden und die Interessen mächtiger Nationen sind direkt betroffen. Doch es gibt noch ein weiteres Problem: Selbst wenn wir den politischen Willen aufbringen, das globale System zu demokratisieren, fehlen uns konkrete Konzepte für die demokratische Interessenvertretung in den internationalen Organisationen. Und diese sollte sich auch nicht darauf beschränken, einfach nur das öffentliche Interesse zu Gehör zu bringen. Vielmehr sollten die Bürger_innen aller Länder ein Stimmrecht erhalten. Was wir brauchen, ist eine Verschiebung der Macht, die sich nicht mehr auf die Regierungen der westlichen Industriestaaten konzentrieren darf, sondern sich gleichmäßig auf die Menschen überall auf der Welt verteilen sollte.

Wie können wir das erreichen? Sollten politische Vertreter_innen gewählt werden? Wenn ja, von wem? Sollten die einzelstaatlichen Parlamente Delegierte entsenden? Wie sollten wir das organisierte öffentliche Interesse beteiligen? Sollten wir neue Formen der direkten Demokratie entwickeln? Das sind viele offene Fragen, auf die es keine einfachen Antworten gibt. Deshalb müssen wir in Forschung investieren, um neue Modelle und Konzepte zur Demokratisierung der internationalen Organisationen zu erschließen und letztendlich eine globale Demokratie zu schaffen.

Warum denken Sie, dass uns der politische Wille zur Reform des globalen politischen Systems fehlt?

Es gibt hierfür viele Gründe: geopolitische Interessen und die Rolle der nationalstaatlichen Identitäten zum Beispiel. Doch zunächst sollte unser Blick auf die Mächtigsten gerichtet sein. Wenn wir die Demokratie stärken wollen, müssen wir den Lobbyismus, also den Einfluss der wirtschaftlichen Eliten auf politische Entscheidungsprozesse, begrenzen, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Das ist absolut entscheidend und muss Hand in Hand mit der Demokratisierung des globalen politischen Systems gehen. Ansonsten sind auch die besten Konzepte zur Demokratisierung wirkungslos, da die genannten Institutionen weiterhin dem Einfluss derselben Kräfte unterliegen werden.



Dena Freeman ist Senior Visiting Fellow im Department of Anthropology an der London School of Economics und Lehrbeauftragte am International Inequalities Institute (III).

Die Fragen stellte **Michael Jennewein**.

Die Provokation der Freiheit

Weshalb wir eine linke Wiederentdeckung der Freiheit brauchen

Von Michael Bröning

Freiheit: Das hat heute den Nimbus der Unangemessenheit. Ist nicht Freiheit die Ausrede all jener Ewiggestriger, die unter Selbstverwirklichung schon immer einen Blankoscheck für das Loslassen des inneren Schweinehunds verstanden haben? Freiheit, das klingt in Coronazeiten auch nach einer trotzigen Absage an Rationalität und Wissenschaft, ja nach Ablehnung von Fakten selbst. Wenn man Begriffe über ihre Anhänger_innen definiert, erscheint Freiheit geradezu als letztes Kastell all jener, die den Anschluss an die Komplexitäten der Wirklichkeit schon länger verloren haben.

Zwar gilt das Ideal der Freiheit in der deutschen Sozialdemokratie nach wie vor als einer der drei Grundwerte – neben Gerechtigkeit und Solidarität. Doch ein klares Bekenntnis zur Freiheit wirkt in aufgeklärten Kreisen nicht nur häufig überholt, sondern fast schon wie ein gefährliches Entgegenkommen an den politischen Gegner.

Ist nicht das Konzept der Freiheit parteipolitisch längst nach rechtsaußen gewandert? In den Niederlanden agitiert die »Partei für die Freiheit«, in Österreich die »Freiheitlichen«, in Deutschland versammeln sich rechte Vordenker im Wochentakt bei der »Jungen Freiheit« und in den Vereinigten Staaten hat der »Freedom Caucus« die Nachfolge der »Tea Party« angetreten. Parallel dazu dauert auch die klassische Liaison liberaler Strömungen mit der Freiheit an.

In dem Maße aber, in dem Rechte und Liberale den Begriff der Freiheit besetzen, scheinen Progressive von ihm abzurücken. Heute spielt das Ideal der Freiheit in der politischen Kommunikation linker Bewegungen allenfalls noch eine Nebenrolle – nicht nur in der deutschen Sozialdemokratie, sondern in einer ganzen Reihe von Mittellinks-Parteien. Die linke Mitte als Friedenspartei? Ja. Als Garant für mehr Respekt? Sicher. Als Kraft für Europa? Auch das. Als Stimme für die Freiheit aber haben sich Mittellinks-Parteien seit langem nicht mehr positioniert.

Das aber ist befremdlich. Schon für Karl Marx war Kritik am Kapitalismus schließlich kein Selbstzweck, sondern Wegweiser in das »Reich der Freiheit«. Und auch Willy Brandt gab zu Protokoll, »ohne Wenn und Aber« sei Freiheit »neben dem Frieden wichtiger als alles andere«.

Eine Wiederentdeckung der Freiheit als linker Grundwert ist gerade in Zeiten wichtig, in denen sich der demokratische Konsens immer weiter auflöst. Die Freiheit wird heute von einer

historisch einmaligen Gemengelage bedroht. Zu den strukturellen Gefährdungen der Freiheit zählen dabei die Bedrohung durch den Rechtspopulismus und die Frage nach der Kompatibilität der kapitalistischen Praxis mit demokratischen Prinzipien.

Doch Freiheit wird weltweit auch von einer brisanten Mischung aus technologischer Revolution, pandemiebezogener staatlicher Übergriffigkeit, identitätspolitischer Selbstblockade in Teilen des progressiven Lagers und einer Politikroutine der immerwährenden vermeintlichen Alternativlosigkeit in Frage gestellt. Nicht zuletzt der Begriff der Freiheit selbst wird dabei allzu häufig von seinem Wesenskern entfremdet.

Die Fähigkeit, politischen Präferenzen Ausdruck zu verleihen, zählt zu den Grundvoraussetzungen politischer Freiheit. Schließlich ergibt Wahlfreiheit nur einen Sinn, wenn das Spektrum der Optionen eine gewisse Untergrenze nicht unterschreitet. Vor diesem Hintergrund ist es ein gravierendes freiheitspolitisches Problem, wenn auf Krisen mit einer fortwährenden Politik der Alternativlosigkeit reagiert wird.

Gerade in Zeiten, in denen progressive Kräfte auf der Suche nach einem Narrativ sind, das emanzipatorischen Politikansätzen sowohl einen Rahmen als auch gesellschaftliches Momentum verleiht, ist es Zeit für eine Wiederentdeckung der Freiheit auch und gerade als linker Grundwert.

Die Sperrigkeit des Begriffs ist dabei kein Manko. Im Gegenteil: Eben weil der Begriff der Freiheit so instrumentalisier- und formbar ist, sind progressive Kräfte gut damit beraten, ihn demokratisch auszubuchstabieren und nicht kampfflos dem politischen Gegner zu überlassen.

Freiheit ist kein originär rechtes Ideal und auch keine exklusive Domäne des Liberalismus. Freiheit ist und bleibt ein Ziel der Linken. Denn nur links kann Freiheit als wirklich allgemeiner Wert gedacht werden, der eben nicht auf die Stärkung von Sonderrechten für Eliten, identitäre Gruppen oder einen monolithisch begriffenen Volkskörper abzielt, sondern die Freiheit aller meint. Höchste Zeit, dass die Linke die Freiheit gegen die allgegenwärtigen Anfeindungen verteidigt. ●

Im Herbst erscheint vom Autor:
»Vom Ende der Freiheit.
Wie ein gesellschaftliches Ideal
aufs Spiel gesetzt wird.«



Michael Bröning leitet das FES-Büro in New York und ist Mitglied der Grundwertekommission der SPD.



BÜROVORSTELLUNG

Demokratie der Zukunft Ein weiteres Büro der FES in Wien

Von Johanna Lutz

Die FES blickt zurück auf jahrzehntelange Erfahrung in der Demokratieförderung und in der demokratischen politischen Bildung. Und jetzt plötzlich gibt es ein Büro, das sich thematisch mit Fragen einer sozial verstandenen Demokratie befasst und dabei die gesamte OSZE-Region von Wien aus in den Blick nimmt.

Dafür gibt es zwei wesentliche Gründe: Zum einen schwindet in vielen Ländern das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie. Die Spielräume für zivilgesellschaftliche Akteure und demokratisches Handeln werden kleiner, autokratische Tendenzen nehmen zu und ein populistischer Politikstil findet Verbreitung – oftmals zulasten demokratischer Spielregeln. Diese Trends wird das Demokratie-Büro analysieren und Impulse dafür liefern, wie die Demokratie geschützt und auch erneuert werden kann.

Zum anderen arbeitet die FES in 46 der 57 OSZE-Länder zu Demokratiefragen oft schon seit vielen Jahren, allerdings hauptsächlich mit nationalem Fokus. Auf diese Weise kann sie den länderspezifischen Kontexten am besten gerecht werden. Das Wiener Demokratie-Büro mit seinem thematischen Fokus und regionalen Zuschnitt nimmt nun bestimmte länderübergreifende Entwicklungen in den Blick und kann von dem Wissen, der Erfah-

rung und den Kontakten der nationalen Büros profitieren.

Viele rechte und illiberale Gruppierungen vernetzen sich seit geraumer Zeit – das Demokratie-Büro der FES möchte Demokrat_innen und Menschenrechtstaktivist_innen der Region vernetzen.

Trends und Strukturen zu mehr gesellschaftlicher Ungleichheit und deren Folgen sind im OSZE-Raum unverkennbar: Ungleichheit verfestigt gesellschaftliche Macht- und Chancenverhältnisse, schränkt die Möglichkeiten ein, sich politisch zu beteiligen und an der Gesellschaft teilzuhaben. Auf mittlere Sicht gefährden diese Entwicklungen die Demokratie und politische Stabilität. Ungleichheit lässt die Unsicherheit und Abstiegsängste in der Bevölkerung wachsen; Populisten greifen diese Ängste geschickt auf und stellen dabei demokratische Prozesse in Frage. Weltweit sehen Menschen die ökonomische Ungleichheit als die größte Bedrohung für die Demokratie. Dies zeigt der im Mai veröffentlichte »Democracy Perception Index 2021«, der die Wahrnehmung von mehr als 75 Prozent der Weltbevölkerung zur Demokratie repräsentativ erfragt. Die Bedrohung der Demokratie durch Ungleichheit wird größer eingeschätzt als etwa durch Big Tech oder Wahlmanipulation.



Gloria Sack, Michael Jennewein,
Johanna Lutz, Filip Milacic,
Julia Zöllner (vlnr)

Die Arbeit des Wiener Büros steht momentan auf zwei thematischen Säulen: Demokratie und Gesellschaft sowie Demokratie und Ökonomie. In Kooperation mit Wissenschaftler_innen versuchen wir Antworten auf zentrale Fragen zu finden, etwa:

- Wie gefährlich sind gesellschaftliche und politische Polarisierung für die Demokratie?
- Welche politischen Instrumente gibt es, um der politischen Spaltung die Schärfe zu nehmen? Welche Rolle könnten dabei Beteiligungsrate mit zugelosten Bürger_innen spielen?
- Wie genau wirken wirtschaftliche Ungleichheiten auf das demokratische System?
- Welche wirkungsvollen Strategien gibt es gegen autokratische Modelle?
- Wie kann eine Demokratie der Zukunft aussehen?

Die Erkenntnisse und Modelle werden dann in Zusammenarbeit mit unseren FES-Büros und deren Partnerorganisationen in den Ländern diskutiert, für den spezifischen Kontext adaptiert und in einigen Fällen über Projekte in die demokratische Praxis umgesetzt. Das FES-Demokratie-Büro sieht sich als Schnittstelle, die das Wissen der nationalen FES-Büros bündelt, und als Impulsgeber für die Demokratieförder-Arbeit der FES in der OSZE-Region. Dabei arbeitet das Büro sehr eng zusammen mit den Arbeitseinheiten für Demokratie auf deutscher Ebene (Alina Fuchs, FES Berlin) sowie auf EU-Ebene (Marco Schwarz, FES Brüssel). ●

Warum Wien?

Die Stadt ist Sitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Die OSZE versteht den Begriff der Sicherheit allumfassend in drei Dimensionen: Neben der politisch-militärischen und der wirtschaftlichen und ökologischen Dimension umfasst die sogenannte »menschliche Dimension der Sicherheit« Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Die OSZE hat sich im Laufe der Zeit insbesondere als Wahlbeobachterin einen Namen gemacht. Der Arbeitsbereich der Bürger- und Menschenrechte hat auf Grund zahlreicher problematischer Entwicklungen in Europa und Eurasien in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen. Um auf diese Entwicklungen zu reagieren, hat die FES das »Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden in Europa« in Wien ausgebaut und befasst sich nun neben den Herausforderungen im Bereich von Frieden und Sicherheit auch mit Fragen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit.



Johanna Lutz leitet das Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden in Europa in Wien.

Die digitale Revolution

Längst lässt sich die Digitalisierung nicht mehr auf technische Aspekte reduzieren. Inzwischen beeinflusst sie alle Bereiche des privaten Lebens, der Arbeit und des sozialen Miteinanders. Neue Abhängigkeiten und Formen der Ausbeutung entstehen. Es droht eine Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung. Die Schattenseiten des digitalen Kapitalismus sind aber weder zwangsläufig noch ist der digitale Strukturwandel ein Phänomen, das unkontrolliert über eine Gesellschaft hereinbricht. Der digitale Wandel lässt sich gestalten. Dabei muss das Ziel sein, sozialen Fortschritt zu schaffen, an dem alle teilhaben.

Mit ihren Studien und Analysen zeigt die FES, welche politischen Antworten in Deutschland, Europa und international formuliert und beraten werden. Auch bei internationalen Großveranstaltungen der Stiftung werden die verschiedenen Facetten der Digitalisierung betrachtet und mit Politik, Gewerkschaften, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft diskutiert.

www.fes.de/themenportal-bildung-arbeit-digitalisierung/digitalisierung



Fairen Zugang sichern Infrastrukturregulierung in der Plattformgesellschaft

Fragen an Christoph Busch

Über digitale Plattformen wie Google, Amazon, Facebook oder Apple wird schon seit Jahren kritisch diskutiert. Nun scheint die Plattformregulierung langsam Fahrt aufzunehmen. Wie beurteilen Sie die aktuellen Regulierungsansätze auf deutscher und europäischer Ebene?

Es fällt auf, dass die aktuellen Reformvorhaben, etwa der Vorschlag eines Digital Markets Act, Plattformen allein als wettbewerbspolitisches Problem adressieren. »Plattformmacht« wird dabei mit »Marktmacht« gleichgesetzt. Dieser Ansatz greift zu kurz. Der Einfluss digitaler Plattformen reicht inzwischen viel tiefer in die Strukturen unserer Gesellschaft. Die großen Plattformen haben sich zu digitalen Infrastrukturen entwickelt. In diesem Sinne ist Plattformmacht auch »Infrastrukturmacht«.

Inwiefern sind die großen digitalen Plattformen mittlerweile zu gesellschaftlich unverzichtbaren Infrastrukturen geworden? Können Sie Beispiele geben?

Die Infrastrukturfunktion digitaler Plattformen zeigt sich besonders deutlich in den Bereichen Information, Kommunikation und Handel. Wenig beachtet wird dabei, dass digitale Plattformen auch eine immer wichtigere Rolle in der Daseinsvorsorge spielen, etwa in den Bereichen Gesundheit, Mobilität und Bildung.

Die Anfang 2021 vollzogene Übernahme von Fitbit durch Google zeigt deutlich, wie die großen Plattformen in den Gesundheitssektor drängen. In Zukunft werden Gesundheits-Apps und Wearables zu einem wichtigen Bestandteil einer dezentralen

Gesundheitsinfrastruktur. Dadurch kann die Versorgung von Patient_innen verbessert werden. Aber für die »App auf Rezept« zahlen wir einen hohen Preis. Durch die Einbindung von Smartphone-Apps und Wearables in die Strukturen der Gesundheitsversorgung gerät die medizinische Daseinsvorsorge in zunehmende Abhängigkeit von großen Digitalunternehmen.

Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich auch in den Schulen und Hochschulen ab. Hier tobt hinter den Kulissen bereits ein Wettkampf um die Vorherrschaft beim Ausbau digitaler Bildungsinfrastrukturen. Aus Sicht der Plattformen ist das ein riesiger Zukunftsmarkt.

Wenn diese Plattformen immer mehr in den Bereich der Daseinsvorsorge hineindrängen oder selbst Angebote der Daseinsvorsorge bilden, wie sollte der Gesetzgeber darauf reagieren?

Wichtig ist, dass der Staat im Bereich der Daseinsvorsorge seine Steuerungsfähigkeit behält und nicht in eine Abhängigkeit von den Plattformanbietern gerät. Die aktuellen Reformen des Wettbewerbsrechts bedürfen daher einer Ergänzung durch ein »Plattforminfrastrukturrecht«. Als Vorbild kann die Regulierung netzgebundener Infrastrukturen dienen. Dort geht es nicht nur um Wettbewerb, sondern auch um die Sicherung eines fairen Zugangs zu Leistungen der Grundversorgung. Dieser Gedanke lässt sich auf Plattforminfrastrukturen übertragen. Nicht akzeptabel wäre es, wenn etwa der Zugang zu Leistungen der Daseinsvorsorge im Bildungs- und Gesundheitsbereich nur mit einem Google-Nutzerkonto möglich ist.

Daseinsvorsorge ist ja eine ureigene Staatsaufgabe. Was halten Sie von der Idee, die »neuen digitalen Infrastrukturen« zu verstaatlichen?

Eine Verstaatlichung von digitalen Plattformen erscheint mir nicht als die beste Lösung. Der Staat ist nicht unbedingt der bessere Digitalunternehmer. Es geht eher darum, wer die Regeln für Infrastrukturen der Daseinsvorsorge festlegt. Der verfassungsrechtliche Infrastrukturauftrag kann auch dadurch wahrgenommen werden, dass der Staat einen angemessenen Regulierungsrahmen für digitale Infrastrukturen setzt. Das Thema Plattformen und Daseinsvorsorge gehört daher auf die politische Agenda.

Mehr dazu:

WISO-Diskurs:

»Regulierung digitaler Plattformen als Infrastrukturen der Daseinsvorsorge«



Prof. Dr. **Christoph Busch** ist Direktor des European Legal Studies Institute an der Universität Osnabrück und Visiting Fellow an der Yale Law School.

Die Fragen stellte Dr. **Robert Phillipps**.



PUBLIKATION

Soziale Arbeit im digitalen Wandel Die Transformation der Sozialwirtschaft

Von Lisa-Marie Schmidt

Die Sozialwirtschaft ist eine Zukunftsbranche. Wie wichtig, ja systemrelevant soziale Dienstleistungen etwa in der Pflege, der Kinder- und Jugendhilfe oder der Schuldner- und Suchtberatung sind, zeigt sich gerade in Zeiten von Corona. Die Digitalisierung bietet für die Branche großes Innovationspotenzial. Mit Hilfe digitaler Technologien können neue Angebote entwickelt werden, zum Beispiel im Bereich der Online-Beratung, aber auch bestehende Angebote verbessert werden, zum Nutzen der Klient_innen, aber auch der Beschäftigten. Um diese Potenziale auszuschöpfen, muss die Transformation den Besonderheiten sozialer Arbeit gerecht werden und die Sozialwirtschaft einen eigenen Weg in der Digitalisierung gehen.

Wie die Branche die Digitalisierung erfolgreich nutzen kann, analysieren Prof. Dr. Klaus J. Zink und Dr. Harald Weber im WISO Direkt »Digitale Transformation in der Sozialwirtschaft – Von der Notwendigkeit einer eigenen Innovationskultur«.

Chancen und Risiken der Digitalisierung in der Sozialwirtschaft

Die Sozialwirtschaft zeichnet sich durch komplexe Strukturen und Interessen aus. Gerade in der digitalen Transformation gilt es die Bedürfnisse aller Akteure, der Anbieter sozialer Dienstleistungen (Wohlfahrtsverbände, soziale Unternehmen etc.), der Beschäftigten, der Klient_innen und der staatlichen Kostenträger zu berücksichtigen.



Der Einsatz digitaler Technologie ermöglicht neue Angebotsstrukturen, effizientere Arbeitsabläufe, eine flexiblere Arbeitsorganisation und eine verbesserte Kommunikation in den Versorgungsteams.

Es gibt innerhalb der Branche jedoch auch viele und durchaus berechtigte Vorbehalte. Insbesondere Beschäftigte fürchten, dass sich die Arbeit mit der voranschreitenden Digitalisierung verdichtet, Anforderungen, etwa bei der Dokumentation, steigen und digitale Angebotsstrukturen eine Entgrenzung von Freizeit und Arbeit bedeuten. Es gibt viele Baustellen im Bereich des Sozialdatenschutzes und des Datenschutzes der Beschäftigten. Auch wenn nicht davon auszugehen ist, dass die Digitalisierung in der Sozialwirtschaft zum massenhaften Verlust von Arbeit führt, so werden sich doch Anforderungsprofile verändern. Der Bedarf an Weiterbildung steigt.

Wie die Digitalisierung gelingen kann

Der Einsatz digitaler Instrumente muss sich nach den Zielen der Sozialwirtschaft richten und darf nicht primär der Profitmaximierung dienen. Insbesondere die Berücksichtigung des Aspekts Guter Arbeit spielt für erfolgreichen Wandel eine wichtige Rolle.

Wenn die Sozialwirtschaft in der digitalen Transformation darauf aufbaut, dass sich ihre Leistungen am Nutzen für die Gesellschaft orientieren, wird nicht nur die Akzeptanz gegenüber dem Wandel steigen, sondern die Digitalisierung in dieser Branche besser gelingen können als in anderen Wirtschaftsbereichen. ●



Lisa-Marie Schmidt ist Sachbearbeiterin in der Abteilung Analyse, Planung und Beratung.

Zur Studie



Zink, Klaus J., Weber, Harald: »Digitale Transformation in der Sozialwirtschaft. Von der Notwendigkeit einer eigenen Innovationskultur«

Die Publikation ist Teil eines Projekts des von der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di gemeinsam organisierten Arbeitskreises Dienstleistungen.

Über die Autoren der Studie

Prof. Dr. Klaus J. Zink ist Mitglied des wissenschaftlichen Lenkungs-kreises des Instituts für Technologie und Arbeit (ITA) e.V.

Dr. Harald Weber ist Vorstandsvorsitzender des Instituts für Technologie und Arbeit e.V.

Erfolgsgeschichten

Mit ihrem Netzwerk von rund 22.000 ehemaligen Stipendiat_innen im In- und Ausland bündelt die Abteilung Studienförderung die Erfahrung und Solidarität derer, die sich auch weiterhin als Teil der »FES-Familie« verstehen und grundlegende Überzeugungen der Sozialen Demokratie teilen. Viele von ihnen sind in der Öffentlichkeit sichtbar – im Bereich Wissenschaft und Forschung, in der Wirtschaft sowie in Bildung, Gesundheit und Sozialem. Andere wirken an prominenter Stelle in Politik und Justiz, öffentlicher Verwaltung oder in den Medien. In dieser Rubrik stellen wir einige von ihnen vor.

INTERVIEW

»Zugang zu Informationen muss für alle möglich sein«

Fragen an Christian Humborg

Sie waren Stipendiat der FES und sind uns bis heute verbunden. Welchen Einfluss hatte die Zeit als Stipendiat auf Ihre persönliche Entwicklung?

Es waren gerade die Veranstaltungen im Rahmen des Stipendiums, die mir geholfen haben, meinen Horizont zu erweitern. Das hat mir neue Perspektiven ermöglicht.

Eine »weltoffene und informierte Gesellschaft durch freies Wissen«, dafür steht Wikimedia. Was sind Ihre Erwartungen an die politischen Entscheidungsträger_innen?

Wir wünschen uns Politiker_innen, die Grundlagen schaffen für eine digitale Welt, die weder durchkommerzialisiert noch überwacht ist. Der Zugang zu Informationen und Wissen muss für alle möglich sein.

Viele unserer Ehemaligen engagieren sich vielfältig für gesellschaftliche Veränderungen. Wie kann aus Ihrer Sicht die FES das Potential noch besser unterstützen?

Vielleicht könnte die Stiftung das ehrenamtliche Engagement ihrer Stipendiat_innen sichtbarer machen. Das stärkt das Ehrenamt, das Engagement und auch die Organisationen, in denen das Ehrenamt ausgeübt wird.

Welche beruflichen Erfahrungen haben Sie im Einsatz für ein gemeinwohlorientiertes »gutes Internet« besonders geprägt?

Wie das Internet zu Spaltungen führt. Gerade haben wir bei der Debatte um das Urheberrecht gespürt, dass unsere sehr differenzierte Position, die Künstler_innen wie der Freiheit dient, schwierig zu vermitteln ist. Wir brauchen im Diskurs nicht schwarz und weiß, nicht polarisierende Meinungen, sondern viele Farbschattierungen.

Was möchten Sie unseren jungen Bewerber_innen von heute mit auf den Weg geben?

Editieren die Wikipedia. Macht mit beim größten Wissensherstellungsprojekt der Welt. Diese Erfahrungen sind beruflich wie privat auf vielfältige Weise außerordentlich hilfreich.



Christian Humborg ist Geschäftsführender Vorstand von Wikimedia Deutschland. Seit 2016 war er dort Bereichsleiter Finanzen. Davor war er Geschäftsführer von Transparency International Deutschland und von Correctiv.

Die Fragen stellte **Rebecca Demars**.

Lesempfehlungen

MEDIENPOLITIK



Journalismus als öffentliches Gut
Meinungsbildung im digitalen Kapitalismus
Christian Humborg

FORUM POLITIK UND GESELLSCHAFT



Triumph der Frauen?
Das weibliche Antlitz des Rechtspopulismus und -extremismus in ausgewählten Ländern: Fallstudie Italien
Francesca Feo, Anna Lavizzari

WISO DISKURS



Transformationspolitik nach der Corona-Krise
Zusammenhalt stärken und Zukunft schaffen
Tom Krebs

REGIONALBÜRO RHEINLAND-PFALZ / SAARLAND



Stadt – Land – gut
Rheinland-Pfalz im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel
Jana Faus, Matthias Hartl

Globale Politik und Entwicklung



Gewerkschaften im Wandel 4.0
Wie sich Gewerkschaften weltweit der neuen Welt der Arbeit stellen
Uta Dirksen und Mirko Herberg (Hrsg.)

Politik für Europa



Fragile Freundschaft
Eine Meinungsumfrage zu den deutsch-italienischen Beziehungen
Michael Braun, Frederic Malter, Tobias Mörschel

FORUM POLITIK UND GESELLSCHAFT



Darf es »Lockerungen« für Geimpfte geben?
Johanna Wolff

FORUM POLITIK UND GESELLSCHAFT



Wie ist der Lebens- und Gesundheitsschutz gegen andere Grundrechte abzuwägen?
Oliver Lepsius

FRITZ-ERLER-FORUM BADEN-WÜRTTEMBERG



Wie Bürgermeister_innen soziale Medien nutzen
Ergebnisse einer Online-Befragung badenwürttembergischer Bürgermeister_innen
Prof. Dr. Rafael Bauschke, Janis Schiffner

WISO DIREKT



Technologiefonds Anschlag für die digitale und ökologische Transformation der Industrie
Heike Belitz, Martin Gornig

WISO DIREKT



Die »Neuen Innenstädte« Zwischen Multifunktionalität und Gemeingut
Ulrich Hatzfeld, Petra Weis

WISO DIREKT



Der »Migrationshintergrund« und seine Fallstricke: Wie weiter in der interkulturellen Öffnung des öffentlichen Dienstes in Deutschland?
Anne-Kathrin Will, Magdalena Nowicka



www.fes.de/de/publikationen
Hier finden Sie sämtliche aktuelle Publikationen der FES.

Andreas Zick / Beate Küpper (Hg.)

DIE GEFORDERTE MITTE

RECHTSEXTREME UND
DEMOKRATIEGEFÄHRDENDE
EINSTELLUNGEN IN
DEUTSCHLAND 2020/21

Herausgegeben für die
Friedrich-Ebert-Stiftung
von Franziska Schröter



Die neue
Mitte-Studie
der FES

Selten war die gesellschaftliche Mitte so »gefordert« wie jetzt. Rechtsextremismus, Populismus, Rassismus setzen ihr zu. Alle zwei Jahre untersucht die FES-»Mitte-Studie« rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in der deutschen Gesellschaft. Die aktuelle repräsentative Umfrage von Dezember 2020 bis Frühjahr 2021 zeigt: Die »Mitte« ist gefordert, Haltung zu zeigen, Position zu beziehen und ihre Demokratie zu stärken! Dazu hat sie das Potenzial.

Hasskampagnen, Gewalt, rechter Terror und neue rechte Gruppen haben die »Mitte« in den vergangenen Jahren getroffen. Nun kommt die Corona-Pandemie mit globalen Unsicherheiten und unkalkulierbaren Folgekrisen dazu. Was heißt das für die demokratische Orientierung der Gesellschaft? Die »Mitte-Studie« 2020/21 erkennt sowohl Entwicklungen, die die Demokratie fördern, als auch solche, die sie gefährden. Die Mitte selbst schätzt den Rechtsextremismus als größte Bedrohung für die Demokratie ein, und hierin liegt die Chance, ihm zu begegnen.

Mit Beiträgen von Sabine Achour, Wilhelm Berghan, Hannes Delto, Alexander Häusler, Nora Rebekka Krott, Beate Küpper, Pia Lamberty, Souad Lamroubal, Astrid Mayerböck, Nico Mokros, Michael Papendick, Yann Rees, Jonas H. Rees, Klaus Michael Reininger, Fritz Reusswig, Maïke Rump und Andreas Zick.

376 Seiten, Broschur, 16,00 Euro
ISBN 978-3-8012-0624-6